Monatschrift

der

Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Nr. 6/7. Wien, Juni-Juli 1907. 19. Jahrgang

Die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ an die jüdische Wählerschaft.

Anlässlich unserer Stellungnahme für die Reichsratskandidatur des Dr. Julius Ofner im fünften Wahlkreise ist in Zeitungen und Versammlungen der Gegenseite gegen die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ der Vorwurf erhoben worden, dass ihre Politik eines leitenden Grundgedankens entbehre und weniger von sachlichen Erwägungen, als von persönlichen Sympathien und Antipathien beherrscht werde. Das ist wohl die schwerste und empfindlichste Anklage, die eine politische Körperschaft in führender Stellung treffen kann, und wenn sie berechtigt wäre, würde die „Union“, respektive deren Vorstand den Anspruch auf diese führende Stellung ein- für allemal eingebüsst haben.

Wir erachten es daher für unsere Pflicht, durch die folgende pragmatische Darstellung den eingehendsten Nachweis für das direkte Gegenteil zu erbringen. Es soll durch die Tatsachen erhärtet werden, dass die „Union“ nicht nur bei den eben zu Ende geführten Reichsratswahlen eine ganz bestimmte, reiflich vorbedachte Aufgabe zu lösen suchte und im Rahmen der gegebenen Verhältnisse auch wirklich gelöst hat, sondern dass ihre ganze politische Wirksamkeit seit dreizehn Jahren konsequent und unbeirrt auf dieses Ziel gerichtet war, welches darin bestand, neben der deutschliberalen Partei, welche allerdings deutsch, aber leider, „nur“ deutsch, aber in keiner Weise mehr liberal war, eine wirklich freisinnige Partei zu schaffen.

Sowohl zu diesem Nachweise, als zur Motivierung, dass die Schaffung einer solchen neuen Partei geradezu eine Lebensbedingung nicht nur für die Juden, sondern für die politische Gesundung ganz Oesterreichs eine unerlässliche Notwendigkeit ist, muss auf die schier verzweifelte Lage zurückgegangen werden, in welche die österreichischen Juden durch die „Koalition“, resp. durch das Koalitionsministerium 1894 geraten waren. Durch die Verbindung der Rechten unter Hohenwart mit der Linken unter

Plener waren nämlich die Juden zu der schlimmsten aller Situationen, die der völligen Verlassenheit, gelangt.

Taaffe hatte sie wiederholt von den Deutschen abzurücken versucht. Sobald sie sich zu diesem Schritte entschliessen konnten, waren sie seiner Liebe, seines Schutzes gegen die Antisemiten sicher. Die Deutschliberalen konnten hinwieder in dem Kampfe gegen Taaffe und die Slaven die Stimmen und die Tätigkeit der Juden nicht entbehren. Jetzt, im Frieden der Koalition, wurden diese Juden weder mehr von der Regierung, noch den Deutschen gebraucht noch gefürchtet. Das spürten sie nun sofort, sozusagen bis in die Knochen; sowohl in der wohlwollenden Reserve, welche das Koalitionsministerium dem Antisemitismus gegenüber beobachtete und die bei den unteren Behörden geradezu in eine Unterstützung desselben auslief, wie an der eisigen Kühle, welche die Deutschliberalen sofort gegen ihre jüdischen Parteigenossen zeigten. Letztere kalkulierten und scheuten sich nicht, es auszusprechen, dass sie, die Deutschen, die Unterstützung der Juden nicht erst durch Konzessionen und politische Freundschaft zu erkaufen hätten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse speziell der kleinen Leute unter den Juden wurden durch diesen, dem Antisemitismus gegebenen freien Spielraum geradezu desolate. In dieser Not der Zeit berief die Oesterreichisch-Israelitische Union eine jüdische Notabelnversammlung zur Beratung darüber, welche politische Taktik für die Zukunft zu empfehlen sei. In dieser Versammlung traten zwei Richtungen zutage. Die eine war vertreten durch den vom Vorstande bestellten Referenten, welcher keinen anderen Antrag stellte, als eine Institution nach dem Muster des Berliner Abwehrvereines zu schaffen, um auf die christliche Bevölkerung aufklärend einzuwirken. Der als Konsiliarius beigezogene vormalige Gemeinderat Siegmund Mayer bekämpft diesen Vorschlag als voraussichtlich ganz erfolglos und wies darauf hin, dass der Antisemitismus ein Politikum sei und auf direkt politischem Wege bekämpft werden müsse. Die letztere Ansicht fand Zustimmung und über Antrag Mayers wurde ein aus wenigen Personen bestehendes, speziell politisches Komitee bestellt, dessen Führung der Antragsteller übernahm. Der erste Schritt dieses Komitees war die prompte Einladung an die massgebendsten Führer der deutschliberalen Partei, von denen wir heute nur zwei bereits Verstorbene, die Abgeordneten Dr. K o p p und S o m m a r u g a, nennen. Das Komitee kalkulierte, dass vor Allem zwischen den Führern der deutschliberalen Partei und dem jüdischen Teile der letzteren Klarheit geschaffen werden müsste. Man musste, bevor man an eine andere Operationsbasis dächte, zweifellos zur Evidenz bringen, ob und inwieweit die jüdische Bevölkerung, die damals noch ganz und durchaus im Lager dieser deutschliberalen Partei stand, von ihr noch Schutz zu erhoffen hätte. Die Konferenz fand im September 1894 in den Räumen der „Oesterr.-

Israelitischen Union“ tatsächlich statt. Bei derselben verlangte der Vertreter der „Union“ von dieser Partei, dass dieselbe in ganz entschiedener und prägnanter Weise nicht nur gegen den Antisemitismus Stellung nehme, sondern dass sie auch ihren Vertreter im Koalitionsministerium, Dr. v. Plener, auffordere, aus der Stellungnahme des Ministeriums gegen den Antisemitismus eine Kabinetsfrage zu machen. Als eine solche unzweifelhafte Stellungnahme sei irgend eine theoretische ganz nutzlose Erklärung des Ministeriums im Parlamente nicht anzusehen. Die Stellungnahme müsste eine unmittelbar praktische, eingreifende, unverkennbare sein. Die „Union“ verlange, dass die Oberlandesgerichts-Präsidenten durch ein Zirkular des Justizministers die „Aufklärung“ erhalten, dass gegen die Aufnahme jüdischer Praktikanten in den Gerichtsdienst und bei geeigneter Dienstleistung gegen die Ernennung derselben zu Auskultanten keine Bedenken vorliegen. Sie verlange, dass die Direktion der Staatsbahnen vom Handelsminister daran erinnert werde, dass die Trigonometrie des jüdischen Ingenieurs genau dieselbe ist, wie die des christlichen. Und last not least: die Regierungsvertreter in den politischen Vereinsversammlungen seien vom Minister des Innern durch eine bestimmte, nicht misszuverstehende Instruktion anzuweisen, durch die Haltung gegenüber den antisemitischen Hetzern den Beweis zu liefern, dass das Ministerium Windischgrätz entschlossen sei, die Staatsgrundgesetze nicht nur im Munde zu führen, sondern auch zu halten, und dass es von dem ihm unterstehenden Beamtenkörper das Gleiche verlangt und erwartet. Nach heftigen, langen Debatten folgte geradezu ein Bruch. Die Herren fürchteten durch eine Stellungnahme für die Juden umsomehr für ihre Partei, als sie im Abgeordnetenhause sich und Herrn v. Plener im Ministerium für vollständig machtlos erklärten. Damit war konstatiert, dass die Juden, obwohl sie in Böhmen und Mähren für die deutschliberale Partei die grösste Selbstaufopferung bekundet hatten, obwohl zu jener Zeit die deutsche Majorität im mährischen Landtag einzig und allein von der Verlässlichkeit der Juden in jenen sieben Wahlbezirken abhing, in denen die jüdische Wählerschaft seit Jahren zwischen den Tschechen und Deutschen das Zünglein an der Wage bilden, nichts weiter zu hoffen hätten. Dieser Sachverhalt wurde nach aussen in der allerschärfsten Weise von Herrn Mayer in zwei Artikeln (28. September 1894, 5. Oktober 1894, „Die Koalition und die Juden“) markiert und festgestellt. Innerhalb des politischen Komitees der „Union“ wurde die Situation von Herrn Mayer in einem Memorandum, ddo. Oktober 1894, dargelegt und sodann der in demselben vorgeschlagene neue Weg dem Vorstande der „Union“ empfohlen und von diesem akzeptirt. Wir können wohl nicht besser vorgehen, als wenn wir die prägnantesten Ausführungen des Memorandums, die heute noch wie für den gegenwärtigen Moment geschrieben erscheinen, anführen:

„Wir müssen“, heisst es in dem Memorandum, „eine neue, wenn auch noch so kleine Partei schaffen, welche sich unser wirklich und mit Ernst annimmt... Für die Aktion zur Schaffung einer solchen neuen Partei stehen in Wien die Chancen ungleich günstiger als in sämtlichen sonstigen Städten der Erbländer.

Einmal durch die verhältnismässig grössere Zahl der Juden in dieser Stadt und noch mehr durch ihre Anmassierung in einzelnen Bezirken Wiens; weiters und hauptsächlich aber durch die Stimmung jenes Teiles der Wiener Bevölkerung überhaupt, welcher noch tatsächlich zu der liberalen Partei zählt. Diese Stimmung ist eine Verstimmung dieser Letzteren gegenüber. Die Ursache der Unzufriedenheit und die Quelle derselben ist zugleich jene, aus der wir unsere Hoffnung und die Prinzipien unserer Taktik schöpfen.

An Zahl ist nämlich die liberale Partei im Parlamente allerdings gleich stark geblieben, innerlich, geistig aber ist sie schwach geworden. Ihr Talent hat gealtert, ihr Temperament ist verschwunden. „Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben“ . . . Die Parlamentsliberalen, die „Linke“, hat nahezu alle liberalen „Fundamente“ aufgegeben. Von all diesen liberalen Grundrechten hat sie einzig den Widerstand gegen die Klerikalisierung der Schule aufrecht gehalten . . .

Aber mit dieser einen Ausnahme hat unsere „Linke“ die Betätigung aller anderen liberalen Grundsätze: die Gleichstellung vor dem Gesetze ohne Unterschied der Konfession, die Freiheit der Arbeit, den Kampf gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch die viehzüchtenden Latifundienbesitzer, fahren lassen. Für das notwendige Mass des Fortschrittes auf dem Gebiete des Wahlrechtes hat ihr Führer, heute auf der Ministerbank, sich so verständnislos gezeigt, dass er ursprünglich geglaubt hat, mit seinem sonderbaren Antrag auf Gewährung von neun, sage neun Abgeordneten an die sämtlichen Arbeiter Oesterreichs die soziale Bewegung zu beschwören.

Dieser Versteinerung gegenüber ist nun eben mitten aus den Wählern Wiens heraus, Juden und Christen durcheinander, offenbar eine wenn auch leise Bewegung im Entstehen. Die liberalen Wähler wollen sich nicht mit dem Namen begnügen, sie wollen, dass die liberale Partei liberal auch sei, sie rufen darum nach „neuem Most in neuen Schläuchen“, sie verlangen neue Männer und neue Gesichtspunkte, neue Wege und neue Ziele.

Sie streben nach einer Abstossung derjenigen Abgeordneten, welche gar nicht mehr hierher, sondern hinüber gehören; sie verlangen die Ersetzung derselben durch Männer, denen es

mit ihrem Liberalismus noch gewisser naiver Ernst ist. Diese grosse Partei braucht eine Zusammenfassung, eine Organisierung, aber das Material für selbe besteht, die Bewegung lebt, sie ist gesund. Und darum ist hier der Boden für unsere eigentliche Aktion. Hier in der Residenz sind wir im Stande, in den Bezirken, welche heute noch den Liberalen unzweifelhaft gehören oder möglicherweise wieder zu erringen sind, zusammen mit der ganzen liberalen Bevölkerung anstatt der bisherigen Abgeordneten, welche die Einen durch ihr Alter, die Anderen durch ihren alten Standpunkt durchaus des Ruhestandes wert sind, wirklich fortschrittliche, ernst freisinnige Kandidaten in den Reichsrat aufzustellen und bei geschicktem taktischen Vorgehen auch durchzusetzen. Und welche sind diese neuen Ziele und neuen Wege, die instinktiv, namentlich von den Intellektuellen der Bevölkerung, verlangt werden?"
Hierüber führt das Memorandum aus:

„In der ganzen Zukunft wird keine Partei die führende sein können, welche nicht einen kräftigen Tropfen sozialen Blutes in sich aufgenommen hat.

Die Zukunft aber ist es, in der wir Juden erst eine erfreuliche Gegenwart zu finden hoffen dürfen, und wir tun einen Schritt nach vorwärts gegen dieselbe, wir helfen dieselbe schaffen, wenn wir unsere Bestrebung an die Bildung des Kernes einer neuen Partei setzen, welche in ihren letzten Konsequenzen nichts sein wird als die Umbildung der heutigen antiquierten „deutschliberalen" zu einer volkstümlichen, einer sozialliberalen Partei . . . Allerdings, die Partei kann vorerst nur eine kleine sein. Aber wir fragen: durch wen ist unser Interesse im Parlamente besser gewahrt: durch eine grosse Partei, welche sich um die Juden den Teufel schert, für welche diese Juden nur existieren, damit sie zahlen, stimmen und schweigen, oder durch eine noch so kleine Schar von Abgeordneten, die sich ihrer ernstlich, energisch, aufrichtig annimmt? Ihrer annimmt, nicht weil sie Juden, sondern eine Schichte sind, denen ein Unrecht geschieht, die man ihrer natürlichen Rechte berauben will."

* * *

Dieser Gedankengang des Memorandums wird durch das Referat, das Herr Siegmund Mayer, der gegenwärtige Präsident der „Union", in der Plenarversammlung vom 23. Mai 1896 anlässlich der damaligen Landtagswahlen erstattete, charakteristisch vertieft und erweitert. Er führt aus:

„Die deutschliberale Partei hat eine doppelte Insolvenz erlitten. Sie war insolvent geworden als „führende politische Staatspartei" in der bosnischen Frage und insolvent nach innen

an blankem, baren Liberalismus. Dieser zweite, innere Bankerott war unvermeidlich. Er war in dem Kampfe, welchen die deutschliberale Partei zu führen hatte, mit Bestimmtheit vorauszusehen, er ist von einem ausgezeichneten Juden vorausgesehen und vorausgesagt worden, der Jude hiess Adolf Fischhof. Die Ursache ist leicht zu erklären. Was ist der innerste Kern alles und jedes Liberalismus? Nichts weiter als die „Gerechtigkeit", die Gerechtigkeit für Jeden und gegen Jeden. Keine spezifisch „nationale" Partei kann gerecht sein oder bleiben. Die deutschliberale Partei ist natürlich auch und vorwiegend eine nationale und hat darum nicht die liberale Feuerprobe bestehen können. In einem national einheitlichen Staate wie Frankreich, England, Italien, kennt man natürlich keinen Unterschied, dort gibt es nur Klassengegensätze, welche sich mehr oder weniger in scheinbar rein politische Kämpfe hüllen. In einem Staate aber, in welchem die verschiedenen Nationalitäten um Existenz oder Uebermacht heftig miteinander ringen, wird auf die Länge keine nationale Partei gerecht, d. h. freisinnig bleiben. Jede wird, sobald es sich um nationale Interessen handelt, die freiheitlichen Prinzipien verschachern. Wir haben in Plener einen Mann gekannt, der entschlossen war, für das obskurste deutsch-böhmische Mandat alle Juden zu opfern Handeln heute die Jungtschechen, eine vom Hause aus wirklich freisinnige, sogar radikale Partei, anders? Nehmen vielleicht diese jetzt Anstand, eine Koalition zu schliessen, die noch schmählicher sein wird und werden muss als jene war, die sie selbst bekämpft?

Wenn ich also auch gerecht genug bin, um selbst die Erklärung und Entschuldigung für die bisherige „deutschliberale Partei" zu finden und vorzubringen, so wäre es anderseits töricht, deshalb die Konsequenz nicht zu ziehen, welche sich für uns Juden notwendig aus diesem Sachverhalt ergibt. Und diese lautet kurz und bündig: Bei dieser deutschliberalen Partei ist keine Hoffnung mehr für uns. Vernünftigerweise hätte sie sich, diese deutschliberale, schon längst in eine „sozialliberale Partei" verwandeln müssen. Aber sie muss schon in ihrem Titel zeigen, dass sie das deutsche Interesse voranstellt, sie muss eine nationale Partei auch wirklich bleiben, weil sie sonst den Kern ihrer ganzen Existenz, welcher nicht in Wien, sondern in der deutschen, zumeist in der deutsch-böhmischen Provinz liegt, vernichtet. Und weil sie, um ihren nationalen Interessen, wenigstens nach ihrer Meinung, zu dienen, bald mit der Regierung, bald mit den Deutschextremen, bald mit den anderen Parteien: den Klerikalen, den Antisemiten usw., schachern muss, wird sie nie Anstand nehmen, uns Juden

hiebei diesen anderen Parteien als Kompensation hinzuwerfen. Was spielt auch nach ihrer Meinung das Schicksal dieser 1¼ Millionen Juden für eine Rolle gegen solche grosse Dinge, wie Trautenau, Cilli usw. Was ist praktisch der böhmische Sprachenstreit? Der kleine Jude in den Kleinstädten, auf den Dörfern in Mähren und Böhmen hat seine und seiner Kinder Existenz vernichtet, hat sich boykottieren lassen, damit, wenn die Söhne der Herren deutschböhmischen Abgeordneten Statthaltereiräte und Bezirkshauptleute werden wollen, diese jungen Herren nicht nötig haben sollen — böhmisch, die Sprache der Majorität im Lande, zu erlernen."

Ueber die unmittelbar erforderliche taktische Stellungnahme zu den Landtagswahlen äusserte sich der Referent wie folgt

„Wir Juden werden, ganz unabhängig vom deutsch-liberalen Zentral-Wahlkomitee, nur für jene Kandidaten stimmen, welche wirklich freisinnig, nicht weil, sondern trotzdem sie deutsch sind. Das heisst, nur für Kandidaten, in denen, wenn sie deutsch sprechen, das vermeintliche deutsche Interesse den Sinn für die Gerechtigkeit noch nicht ersäuft hat und welche in Konsequenz dessen unter allen Umständen Recht und Gerechtigkeit höher stellen als alles Andere, welche rücksichtslos die ganze politische Mitarbeit, mag das der Regierung noch so unangenehm sein, versagen, wenn nicht das Gesetz gehandhabt wird, gelte es auch einmal für das Recht der Juden. Das heisst, wir können und werden nur für Kandidaten stimmen, die mit uns den Satz anerkennen: Freiheit und Gleichheit allem voran! Jede Nationalität muss ihr Recht und ihre Entwicklung innerhalb des weiten Rahmens der Freiheit und Gleichheit finden."

Das Referat führt sodann — vor elf Jahren schon! — den überzeugenden Nachweis, dass das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht unvermeidlich kommen muss und dass gerade in Oesterreich nicht nur wir Juden, sondern mit uns jeder Vernünftige und wirklich Freisinnige für dasselbe sein müsse.

„Das allgemeine Wahlrecht muss kommen, muss gebracht werden, denn nur auf diesem Wege kann dem bürgerlich-privilegierten nationalen Sport ein Ende gemacht werden, können die wirklichen Interessen der grossen Bevölkerungsmassen zur Erscheinung und zur Geltung kommen Und weil dem so ist, stellt der Referent als Konklusion den kurzen, lapidaren Satz hin:

„Die Kandidaten, für welche die Juden bei den demnächst bevorstehenden Landtagswahlen, dann natürlich und umsomehr bei den bald darauf folgenden Reichsratswahlen stimmen sollen und selbst diejenigen, die von uns in den Gemeinderat gewählt werden wollen, müssten sich also ver-

pflichten, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten. Ich zweifle nicht, sagte der Referent, wohlgemerkt, am 26. Mai 1896, dass diese Kandidaten kommen werden, weil sie durch unseren heutigen Beschluss wissen, dass sie auf die nicht zu unterschätzende Unterstützung der jüdischen Wähler in den drei Bezirken rechnen können. Und ich behaupte, dass solchen wirklich freisinnigen Kandidaten auch ganz und gar nicht die Unterstützung eines grossen Teiles der christlichen Bürgerschaft fehlen wird. Die Herren sind ja nicht alle verrückt geworden!"

Immer wieder kommt in diesem Referate und jedesmal schärfer und bestimmter, derselbe Gedanke zum klaren Ausdruck:

„Es ist keine Aussicht auf eine wirklich freisinnige Partei in Oesterreich, insolange diese Nationalitätenkämpfe die erste Geige spielen, und diese albernen Kämpfe, die Oesterreich zugrunde richten, sind tatsächlich auf keine andere Weise zu beseitigen. Denn nur, wenn diese bürgerlichen Klassen sozusagen ganz andere Sorgen haben werden, können sich auch diese Nationaltätenhetzen und diese infamen antisemitischen Bestrebungen innerhalb der bürgerlichen Schichten verlieren . . . . Die Folgen des allgemeinen Wahlrechtes für die wirtschaftliche Stabilität fürchte er ganz und gar nicht. Auf alle jene soziale Reformen, die innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft zugunsten der arbeitenden Klassen getan werden können, haben die Mitglieder dieses vierten Standes ein gutes — das beste Recht, das sich denken lässt: Die Notwendigkeit. Diese Entwicklung wird sich vollziehen, einerlei natürlich, ob wir Juden damit einverstanden sind oder nicht. Aber es wäre doch der helle Wahnsinn, wenn wir uns wegen dieser bürgerlichen Klassen, welche sämtlich die Juden zurückweisen, gegen das allgemeine Wahlrecht erklären, unserer ganzen Zukunft präjudizieren wollten. Was immer für Sorgen diese sozialen Reformen uns bringen könnten, die stärkste Belastung unseres Erwerbes für die Invaliditätsversicherung, die stärkste progressive Einkommensteuer selbst die Aufhebung des indirekten, eine stärkere Belastung, des direkten Erbrechtes - wenn wir gezwungen sind, zu wählen zwischen all diesen mehr oder weniger gewiss sehr zweifelhaften Schrecken des Sozialismus und den ganz gewissen Konsequenzen des siegreichen Antisemitismus, so bin ich ganz sicher, für welche Eventualitäten sich Jeder von uns entscheiden wird. Dass der Sohn des letzten Arbeiters das ganz gleiche Recht hat, die gleiche Fürsorge des Staates geniesst wie der Sohn des reichsten Juden, das wollen wir mit aller Gemütsruhe ertragen. Nicht zu ertragen ist,

dass das bravste unserer Kinder weniger Recht haben soll, wie jenes des letzten Vagabunden, weil es ein Judenkind ist."

Jedes Wort in diesen Ausführungen hat für die heutige Situation volle Geltung. Aber auch durch alle weiteren politischen Aktionen der „Union", bis zu dem letzten, von dem Vizepräsidenten der „Union" Herrn Dr. Jakob Ornstein erstatteten Referate am 25. Februar 1907 zieht sich wie ein roter Faden der leitende Grundsatz, dass die Juden eine Politik, welche nur auf den Schutz des Deutschtums und nicht auch auf die Wahrung der freiheitlichen Errungenschaften gerichtet war, nicht länger mitmachen könnten. Als bei den Landtagswahlen im Herbste 1896 die deutschliberale Parteileitung in Mähren unter Führung Doktor Promber's den deutschnationalen Antisemiten bedingungslos einige Wahlbezirke einräumte, war dieses leoninische Wahlbündnis für den Vorstand der „Union" bestimmend, das Tischtuch zwischen sich und der deutschliberalen Partei vollständig und für immer entzweizuschneiden. Und wieder war es Herr Siegmund Mayer, der diesen Beschluss in der Vereinsversammlung vom 26. September 1896 mit folgenden Worten begründete:

„Es ist in den letzten Jahren viel und oft von einer „jüdischen Politik" gesprochen worden. Ich kann mir ganz gut eine jüdische Taktik nicht nur denken, sie ist uns ja wirklich aufgedrängt, wir diskutieren sie ja eben, aber eine wirkliche jüdische Politik, d. h. eine Politik, die darin bestünde, dass wir Juden zu unserem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, dass wir zu unserer Förderung etwas Anderes brauchen und anstreben müssen, als was für alle, alle unsere Mitbürger von Allen angestrebt werden muss, eine solche spezielle jüdische Politik darf es nicht geben und gibt es auch nicht." Und weiter: „Ein Vertreter, welchem die Juden ihre Vertretung anvertrauen sollen, dürfte kein nationaler Chauvinist sein. Der nationale Chauvinismus ist der Nährboden des Antisemitismus, das notwendige Krankheits-Produkt der überreizten, nationalen Nerven. Das gilt für überall. Aber speziell bei uns in Oesterreich ist die Nationalitätenhetze jene für uns Juden allergefährlichste Atmosphäre."

Und diese deutschliberale Partei genoss trotz aller ihrer Sünden gegen den heiligen Geist der Freiheit und Gleichheit, des Rechtes und politischer Gerechtigkeit, seitens der Juden eine Anhänglichkeit und unerschütterliche Treue, von welcher die politische Geschichte sehr wenige Beispiele weiss. Es war ja in der ganzen Situation gelegen, dass die Tschechen den lebhaften Wunsch hegten, die mährischen Juden jener sieben Wahlbezirke, in welchen die Juden seit der ganzen Verfassungsära in dem Kampfe zwischen Tschechen und Deutschen das Zünglein an der Waage bilden und

konsequent den Ausschlag zugunsten der Deutschen gegeben hatten, aus der Schlachtlinie zu entfernen. Sie blieben nicht bei dem Wunsche stehen. Massgebende Personen ihrer Partei machten auch tatsächlich kompetenten Vertretern der Judengemeinden 1896 die Proposition, gegen diese Neutralität der Juden jede antisemitische Regung auf der ganzen tschechischen Linie mit aller Entschiedenheit zu unterdrücken Es hatte über diesen Antrag in einem grossen und für alle Gemeinden massgebenden Kreise dieser Juden eine eingehende und lange Beratung stattgefunden, die Juden lehnten einstimmig diesen, wie sie es nannten, Abfall von ihrer Pflicht ab. Es war das eine Entscheidung, die wohl ihrer Parteitreue, aber nicht ihrer politischen Voraussicht zur Ehre gereicht. Knapp nach derselben war in Olmütz der verstorbene Dr. Weber zu ersetzen. Die deutsche Parteileitung kandidierte den Bürgermeister Engel, die Juden traten für denselben ein und von diesem Tage datiert nahezu kalendarisch das Aufflammen des bis dahin zurückgehaltenen tschechischen Antisemitismus.

Auf diese Weise hatten nun die Juden glücklich von beiden Fronten her den Antisemitismus. Es ist ganz sicher: die Tschechen hassen im Juden nicht den Semiten, sondern den Deutschen. Hatten doch die Juden von je im tschechischen Südböhmen sich sozial immer besser befunden als in dem deutschen Nordböhmen. Der Tscheche, um die alte Anekdote anzuwenden, haute die fremden —, die Deutschen hingegen ihre eigenen, man kann sagen, ihre politisch Leib — eigenen Juden.

Und nun tritt hier das für die Juden geradezu tragische Moment ein, dass sie alle diese Opfer an die deutsche Sache vergebens gebracht, diese ganze Hingebung umsonst geleistet haben. Das natürliche Majoritätsverhältnis durchbrach alle künstlichen Dämme, eine Reihe von Städten, Prossnitz, Wischau, Mährisch-Weisskirchen u. a., geht trotz des Bündnisses der deutschliberalen mit den deutschnationalen Antisemiten an die Tschechen verloren. Da befreit nun das allgemeine Wahlrecht die Juden aus der unnatürlichen Lage. Jetzt stehen sie nicht vor der peinlich einzigen Wahl zwischen deutsch-antisemitischen und tschechischen Kandidaten. Jetzt können sie für eine Partei stimmen, welche zumindest in der Gegenwart allein das gleiche Recht vertritt. Auch jetzt verlangen die Deutschliberalen, die Juden sollen ihre geschworenen antisemitischen Feinde wählen, um die angebliche „rote Gefahr“ zu bannen. Diesmal aber ermannten sich die jüdischen Wähler zu einer selbständigen Politik. Sie wiesen in dem Städtewahlbezirke Leipnik - Weisskirchen - Neutitschein die ihnen von der deutschliberalen Parteileitung zugemutete Kandidatur des freialldeutschen Antisemiten Doktor Bodirsky zurück und verhalfen mit ihren Stimmen dem Sozialdemokraten Niessner zum Siege. Man sollte glauben, dass diese Lektion empfindlich genug war, um die Führer der

deutschfortschrittlichen Partei in Mähren daran zu mahnen, wo die Grenzen ihrer Macht liegen. Sie haben die Belehrung nicht verstanden und nicht verstehen wollen, denn wenige Tage später erfolgte durch den mit Hilfe der Iglauer und Trebitscher Juden gewählten Abgeordneten Dr. Gustav Gross jene famose Ausschliessung der Abgeordneten Kuranda und Ofner wegen ihrer Konfession und des Abgeordneten Hock wegen seiner „Hinneigung zur Sozialdemokratie" aus dem deutschen Parteiverbande, um diese Partei für die Christlich-Sozialen bundesfähig zu machen — ein Ereignis, das wie kein anderes je zuvor den reaktionär-antisemitischen Grundzug dieser Partei und deren absolute Unfähigkeit zur Vertretung der freiheitlichen Interessen enthüllt.

Dieses Ereignis, so wenig es nach der gegebenen historischen Darlegung überraschend sein konnte, ja geradezu einmal erwartet werden musste, ist wohl die glänzendste Rechtfertigung der Politik der „Union", wie sie 1894 in dem vielberührten Memorandum festgestellt und seither von ihr unbeugsam eingehalten wurde. Seit Jahren war die deutschliberale Partei von Stufe zu Stufe gefallen. Wie ein Organ, welches nicht mehr gebraucht wird, schliesslich die Fähigkeit zu funktionieren verliert, so verliert eine politische Partei ihr geistiges Leben, wenn sie den Geist verlässt, aus dem heraus sie geboren worden. In der deutschliberalen Partei vibrierte einzig nur noch der deutsche Nerv, alle anderen Nerven wurden und sind tot. Es muss eine neue Partei kommen, eine wirklich freisinnige Partei, welche das wirkliche gleiche Recht für Alle, ohne den dummen Unterschied der Konfession, den Kampf für den freien Gedanken, die soziale Fürsorge für alle wirtschaftlich Schwachen aufrichtig und ohne Heuchelei zu ihrer Parole, Oesterreich zu einem Kulturstaate macht. Es wäre nicht richtig, diesen Kampf einzig der sozialdemokratischen Partei überlassen zu wollen. Denn auch diese ist, woraus wir ihr gewiss keinen Vorwurf machen, eine „Klassen-" — die „Arbeiter" — Partei, sie denkt und arbeitet für das industrielle Proletariat, sie kann und wird nie das leisten, was wir von der seit Jahren erstrebten Partei verlangen und erwarten. Und jetzt, wo wir bei den gegenwärtigen Reichsratswahlen die Gelegenheit, den Moment für uns sahen, die ersten Männer dieser neuen Partei ins Abgeordnetenhaus zu schicken, haben Juden, brave Leute und schlechte Musikanten, uns zugemutet, den seit 1½ Dezennien mit Konsequenz und Ausdauer verfolgten Weg zu verlassen, Männer zu wählen, welche für die alte tote und den Juden feindselige deutsche Partei als Mitglieder derselben kandidierten.

Das haben wir natürlich nicht getan. Wir haben selbstverständlich das Gegenteil getan. Wir sind vor allem mit der grössten Entschiedenheit und mit allem Elan, dessen wir fähig waren, für Dr Julius Ofner — Geist von unserem Geiste — ins Feld gezogen, aber wir sind nicht für Ofner allein tätig gewesen. Die Sorge

für die Wahl Hock's wussten wir in guten Händen. Die Agitation dort war eine vorzügliche. Aber nicht nur waren wir die Partei Kuranda's, wir haben auch auf das Kräftigste bei unseren Glaubensgenossen in Mähren und Böhmen eingewirkt, damit anstatt kernfauler Altliberaler oder Klerikaler Männer wie Masaryk, Redlich und Drtina gewählt worden sind.

Und es ist schliesslich besser noch gekommen als wir hoffen konnten. Durch die unverhüllte Stellungnahme des Dr. Gustav Gross im Sinne der antisemitischen Bestrebungen hat sich innerhalb der bisherigen Fortschrittspartei eine Spaltung vollzogen, welche der von uns angestrebten neuen Parteibildung geradezu entgegenkommt. Jene Mitglieder der Fortschrittspartei, welche schon längst nach einer reaktionären Stellungnahme gestrebt, haben dieselbe in dem neuen deutschnationalen Verbande gefunden und die wirklich noch freisinnigen Abgeordneten allein gelassen. Diese werden aber nicht allein bleiben, sie werden mit den freisinnigen Abgeordneten Wiens und mit andern, welche, sei es aus eigener Ueberzeugung, sei es im Interesse der Wählerschaft, sich ihnen anschliessen müssen, eine wirklich freisinnige Gruppe mit ausgeprägter sozialpolitischer Tendenz bilden. Allerdings wird diese Gruppe der Zahl der Mitglieder nach noch immer keine grosse sein. Aber was will das sagen: Die werbende Kraft einer Partei liegt nicht in der anfänglichen Anzahl der Genossen, sondern in der Idee, welche mit der Zeit geht, ihr entgegenkommt, sie weiterführt.

Die ganze parlamentarische Geschichte Europas ist erfüllt, sie baut sich auf aus den glänzenden Erfolgen solcher anfangs winziger Parteien, die, nicht dem Moment sondern der Zukunft dienend, aus einer unbedeutenden Minorität die herrschende Majorität geworden sind. Wie viele Anhänger zählte John Hampden, als er den Kampf um die Verfassung gegen den zweiten Stuart eröffnete? Nicht mehr, als die Hand Finger zählt. Aus nicht mehr als vier Männern bestand die von Lafayette geführte Opposition in der chambre introuvable der Restauration. Nicht mehr als fünf Deputierte bildeten unter Jules Favre die Opposition im dritten Kaiserreich. Die ganz gleiche Zahl Unterhausmitglieder war es, welche den Kampf für die Emanzipation der Katholiken in England eröffnete, nicht mehr als zwei Mitglieder unterstützten O'Conell in dem Beginne seines Kampfes für Irland.

„Politik", entgegnete einmal Bismarck einem seiner Gegner, einem Professor der Staatswissenschaften, „ist keine Wissenschaft, sondern eine Kunst!" — Das ist gewiss richtig! Und worin besteht diese politische Kunst? Sie besteht darin, dass man die Vergangenheit und die Gegenwart klar erkennt, nicht minder aber auch die Ursachen, welche aus dieser Vergangenheit die Gegenwart haben entstehen lassen, und dass man aus dem Zusammenhange von Ursache und Wirkung die Wege findet, auf denen man

immerhin die Zukunft in einer bestimmten Richtung beeinflussen kann. In diesem Sinne und in dieser Absicht hat die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ während des letzten Dezenniums eine politische Tätigkeit entfaltet, die wir hier dem Urteile der Oeffentlichkeit unterbreiten. Wir wollen diejenigen unserer Freunde, welche gegenteiliger Ansicht waren oder sind, nicht majorisieren, sondern überzeugen. Wir hoffen, es ist uns dies durch unsere offene Darlegung gelungen. Der Vorstand der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ ersehnt mit allen Vernünftigen den Zeitpunkt, in dem mit den Verhältnissen, welche die „Union“ entstehen liessen, auch die Notwendigkeit einer solchen besonderen Institution für die Verteidigung der politischen Rechte der Juden verschwinden wird. Aber insolange — und der Weg bis dahin ist noch ein weiter — diese günstigere Zeit nicht gekommen, werden wir weiter den mühsamen Pfad wandeln müssen, der uns im gegenwärtigen Augenblicke doch wenigstens schon zu dem Beginne einer solchen besseren Epoche geführt zu haben scheint. Wir fordern alle Jene, welche für die politischen Rechte und der mit ihnen zusammenhängenden wirtschaftlichen Wohlfahrt unserer Glaubensgenossen fühlen, auf, uns auf diesem Pfade weiter zu folgen.

Sigmund Mayer,
Präsident.

Dr. Alexander Mintz, Vizepräsident. Dr. Jakob Ornstein, Vizepräsident.

Kaiserl. Rat Wilhelm Anninger, Kommerzial-Rat Eduard Doktor, Julius Granichstädten, Dozent Dr. Markus Hajek, Kommerzial-Rat Emanuel Kauders, Heinrich Pollak, Richard Teweles, Vorstandsmitglieder.

Das neue Haus.

Das neue Haus ist gewählt und es ist besser ausgefallen als allgemein befürchtet wurde. Stellen wir zunächst das wichtigste Ergebnis fest: An Stelle der grossen nationalen Parteien des alten Kurienparlamentes sind im neuen Volkshause zwei grosse politische Parteien getreten: ein rein klerikaler Block, bestehend aus den vereinigten Christlich-Sozialen und Altklerikalen in der Stärke von etwa 100 Mann, und ein freiheitlicher Block, bestehend aus 87 Sozialdemokraten und einer Anzahl kleinerer bürgerlich-demokratischer Gruppen, die zusammen die Zahl 100 überschreiten. Was neben und um diese beiden Heeresmassen an nationalen Parteien und Parteisplittern vorhanden ist, tritt in die zweite Linie. Das sind vor allem die sogenannten deutschfreiheitlichen Parteien, die Tschechen und die Polen. Die Mitglieder der

ehemaligen deutschen Gemeinbürgschaft haben, durch das politische Ferment zersetzt, es nicht einmal zu einer formalen Einigung zu bringen vermocht. Wie hier die Freialldeutschen, mit Herrn Wolf an der Spitze, sich plötzlich aus „Los von Rom“-Stürmern zu treuen Schildknappen des Gessmann'schen Klerikalismus entwickelten, wie sie die Deutschvolklichen und Agrarier mit sich rissen und die Deutschfortschrittlichen zersprengten, ist in frischester Erinnerung. Die Tschechen haben zwar einen einheitlichen Klub zustande gebracht, der in nationalen Fragen geschlossen stimmen will, er besteht aber aus politisch so heterogenen Elementen, dass an ein dauerndes Beisammenbleiben nicht zu denken ist. Das tschechische Volk hat sehr klar und vernehmlich gesprochen, indem es die Jungtschechen auf ein kleines Häuflein reduzierte und an ihre Stelle Sozialdemokraten, Realisten und Nationalsoziale ins Haus entsendete. Es hat damit erklärt, dass es um des nationalen Linsengerichtes willen auf den kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt nicht verzichten will. Noch deutlicher tritt diese Sinneswandlung der Wähler in dem Ergebnis der galizischen Wahlen zutage. Trotz einer auf die spezifischen Bedürfnisse der Schlachta zugeschnittenen Wahlordnung, trotz der ungeheuerlichsten Wahlmissbräuche der Bezirkshauptleute hat es der konservative Flügel des Polenklubs zusammen mit den polnischen Klerikalen nur auf 26 Mandate zu bringen vermocht, während der demokratische Flügel es auf 18 Abgeordnetensitze brachte und die bäuerliche polnische Volkspartei ungefähr in gleicher Stärke wie die Demokraten in das Haus einzieht. Treten die Volksparteiler dem Polenklub bei, dann ist eine Demokratisierung des Klubs unausweichlich; treten sie nicht bei, dann umso schlimmer für die Schlachta. Das charakteristischeste Moment der galizischen Wahlen ist aber das siegreiche Vordringen der Ruthenen, der Jüdischnationalen und Sozialdemokraten, welche sich bei den Stichwahlen tüchtig in die Hände arbeiteten. Die Ruthenen ziehen 30 Mann stark ins Parlament ein, von denen 25 Jungruthenen eine willkommene Verstärkung der freiheitlichen Armee bilden, die Jüdischnationalen haben 3 Mandate und die Sozialdemokraten 7 Sitze erobert. Damit ist die Schreckensherrschaft der konservativklerikalen Partei in Galizien endgiltig gebrochen.

Ueberblickt man die Struktur des neuen Hauses, so erkennt man, dass die freiheitlichen Elemente den rückschrittlichen ungefähr die Wage halten, ein erster Erfolg des allgemeinen Stimmrechtes, auf den kaum Jemand zu hoffen wagte. Geht man ins Einzelne ein, so muss vor Allem die Beseitigung Schneiders und Brzesnowskys aus dem Parlamente als eine entschiedene Niederlage des wilden Radau-Antisemitismus auf deutscher und tschechischer Seite bezeichnet werden. Verstärkt wird diese Niederlage noch durch die Wahl Masaryk's, der den Kampf gegen die Polnaer Bluthunde mit bewunderungswürdigem und geradezu

selbstaufopfernden Elan geführt hat. Leider ist es nicht gelungen, den forensischen Führer jener Meute, Dr. Baxa, zu werfen, und die Juden der Prager Altstadt sind von der Schuld an diesem Misserfolg nicht freizusprechen. Auf deutscher Seite wurden die Vertreter des Rassen-Antisemitismus Schönerer, Franko Stein und Dr. Schalk aus dem Hause gewiesen, wogegen K. H. Wolf sein Mandat aus den Händen der Christlich-Sozialen entgegennahm.

Für den Kampf um die Freiheit, um die verfassungsmässige Gleichberechtigung und um den sozialen Fortschritt stehen sonach bereit: Die gewaltige Phalanx der 87 Sozialdemokraten, die deutschen Demokraten Baron Hock, Kuranda, Dr. Ofner und Prof. Redlich, zu denen sich voraussichtlich noch die bisherigen Deutschfortschrittlichen Demel, Licht, Günther, Lecher und Skedl gesellen werden, ferner die Jüdischnationalen Dr. Straucher, Dr. Mahler, Dr. Gabel und Stand, die Parteilosen Dr. Adolf Gross, Breiter und Stark, die 25 Jungruthenen, die drei liberalen Slovenen, dann die freisinnigen Elemente aus dem tschechischen und polnischen Lager.

Wir schliessen diese Uebersicht mit der namentlichen Anführung der jüdischen Abgeordneten. Das neue Haus zählt deren 17, und zwar: den Deutsch-Demokraten Kuranda, den Sozialpolitiker Dr. Ofner, die Sozialdemokraten Dr. Ellenbogen, Dr. Diamand, Dr. Liebermann, Freundlich, Beer und Dr. Leo Winter, die Jüdisch-nationalen Doktor Straucher, Dr. Mahler, Dr. Gabel und Stand, die polnischen Demokraten Dr. Löwenstein, Dr. Kolischer, Gall und Dr. Gold und den Parteilosen Dr. Adolf Gross. Die Tatsache, dass eine verhältnismässig so grosse Anzahl von Juden in das neue Parlament gewählt wurde, ist ein evidenter Beweis dafür, dass der Antisemitismus nur in den mittleren und oberen Volksschichten Boden hat, die industriellen Arbeiter aber von grundsätzlichem Judenhasse vollkommen frei sind. Selbst die ruthenischen Bauern, welche bei den Stichwahlen jüdisch-nationale Abgeordnete wählten, haben sich von dieser Seuche freigehalten. Allerdings droht der Sozialdemokratie eine andere Gefahr, welche indirekt auf die Juden zurückwirken könnte. Der Block der 87 Sozialdemokraten ist kein einheitlicher; er besteht aus Deutschen, Tschechen, Polen, Italiener, Ruthenen und Rumänen, und schon haben die tschechischen Sozialdemokraten in einem Manifeste sich von ihren übrigen Genossen national differenziert. Würde der Nationalitätenhader auch die Sozialdemokratie zerklüften, dann wäre zu befürchten, dass auch in ihren Reihen die freiheitlichen Grundsätze gegenüber den nationalen Begehrlichkeiten Schaden leiden würden. Gelingt es ihr aber, die nationalen Gegensätze in ihrem eigenen Schosse zu überwinden, dann wäre damit auch den bürgerlichen Parteien der Weg gewiesen, dann wäre der Beweis

erbracht, dass der nationale Friede nur auf dem Boden der bürgerlichen Freiheit zustande kommen kann. Und damit wäre Bahn gebrochen zur endlichen Verwirklichung des Programmes Adolf Fischhof's.

Die Juden und die christliche Bevölkerung.

In dem Kampfe um das Reichsratsmandat im V. Wahlkreise, respektive in den Personen der beiden Kandidaten, welche sich um die Stimmen der jüdischen Majorität in diesen Kreisen beworben haben, hat sich ein Gegensatz gezeigt, dessen Bedeutung über diese Wahl selbst weit hinausreicht und ein soziales Problem berührt, ohne dessen Lösung alle politischen Konzessionen, die ganze den Juden durch das gedruckte Gesetz zugestandene Gleichberechtigung nur eine taube Blüte bleiben muss, im besten Falle nur halben Wert haben kann. In einer Rede, welche Herr Präsident Sigmund Mayer in einer grossen, für die Wahl Ofners einberufenen Wählerversammlung gehalten, hat er diese Frage mutig und, wie die laute und verständnissvolle Zustimmung der jüdischen Wählerschaft gezeigt hat, mit Erfolg angeschnitten. Die in der Rede freimütig zum Ausdruck gebrachte Tendenz muss aber in der ganzen jüdischen Wählerschaft Cisleithaniens durchdringen und wir bringen die Rede daher, um sie einem grösseren Kreise zugänglich zu machen, hier zum Abdruck. Redner führte nach einigen einleitenden Worten folgendes aus:

„Gestatten Sie mir, um dies deutlich und einleuchtend zu machen, etwas weit zurückzugreifen.

Ich bin in dem strengsten Ghetto geboren und erzogen worden. Von den Zuständen eines solchen Ghetto hat die heutige Generation keinen Begriff mehr. Das war eine Gasse, welche noch allabendlich durch zwei schwere, eiserne Gitter geschlossen wurde, und diese eisernen Gitter waren nicht nur eine physische, sondern durchaus eine geistige und soziale Scheidung. Diese abgesperrte Judengasse und die ganze übrige Stadt waren zwei Welten, die nebeneinander, aber nicht miteinander lebten. Von den wirtschaftlichen Zuständen innerhalb dieses Ghettos will ich hier nicht reden, diese habe ich bei früheren Gelegenheiten geschildert. Ich habe hier nur die geistigen und sozialen Verhältnisse im Auge. Die Ersteren zu charakterisieren genügt Eines: In diesem Ghetto war die grösste talmudische Schule, die grösste Jeschiwah Ungarns, und wenn einer dieser 300 und mehr Talmudschüler ertappt wurde, dass er es versuchte, deutsch zu lernen, wurde er unbarmherzig ausgestossen und musste die Jeschiwah verlassen. Sie können daraus ermessen, wie es da mit Wissenschaft, Literatur und Kunst bestellt war. Aber nicht nur für diese geistigen Interessen fehlte der Sinn, sondern auch für jene Angelegenheiten, welche diese Juden aufs Schärfste betrafen. In Pressburg war der Landtag; in demselben

gab es die heftigsten politischen Kämpfe und Stürme, doch von allen diesen drang kein Laut in die Gasse. Pressburg als Sitz des Landtages, hatte schon damals eine eigene politische Zeitung, welche die Verhandlungen und auch auswärtige Nachrichten brachte, aber von ihr war in der ganzen Gasse auch nicht ein einziges Exemplar zu finden. In diesem Ghetto wurde nicht gelacht, selbst nicht von den Kindern. Das war eine Gasse, in welcher, um mit dem Dichter zu sprechen, „schwer und trübe der Himmel auf meinen Scheitel sich senkte.“ Als charakteristische soziale Tatsache will ich Ihnen nur sagen, dass die Juden des Ghetto nie spazieren gingen, denn ausserhalb des Ghetto befand man sich ja unter Christen und wurde beschimpft. Selbst wir Kinder mussten, wenn wir das Ghetto verliessen, stets gewärtig sein, von den Christenbuben geprügelt zu werden. Zwischen Juden und Christen bestand auch nicht der leiseste aussergeschäftliche Verkehr. Wie wäre auch das möglich gewesen? Ausserhalb des Ghetto waren die Juden vollständig rechtlos. Diese Rechtlosigkeit der Juden kann man heute nicht einmal mehr ahnen. Ich erinnere mich, dass in den Dreissiger-Jahren, während des Landtages, ein Graf, ich glaube, es war ein Festetits, wegen einer Geringfügigkeit seinen Hausjuden erschoss, einen Mann, namens Bonitzer, und dieser Graf erlitt keine andere Strafe, als dass er verurteilt wurde, der Witwe, die ich noch sehr gut gekannt habe, einen Wochengehalt von 5 Gulden Wiener Währung, d. s. 4 Kronen, zu zahlen. Die natürliche Folge dieser Rechtlosigkeit war die unzweifelhafte Feigheit aller Juden. Ich drücke die damaligen Verhältnisse vielleicht am bezeichnendsten aus, wenn ich sage, dass es unter allen Juden auch nicht Einen gegeben hätte, der den Mut besessen hätte, die erhaltene Ohrfeige einem Christen zurückzugeben. Die Farben, mit denen ich Ihnen das Ghetto zeichne, sind nicht übertrieben, eher noch verblasst, aber die Zeichnung ist treu. Jawohl meine Herren, ich kann auch sagen, wie es in der Bibel heisst: „anochi hoisch roo sonyi“, „ich bin der Mann, der das Elend gesehen.“ Und das Schrecklichste an diesen Verhältnissen war die Tatsache, dass die übergrosse Masse der Juden dieselben als etwas Selbstverständliches hinnahm, wie die schlechte Luft, die sie atmeten, und das schlechte Wasser, das sie tranken. Desto schmerzlicher empfanden die Wenigen, welche über die Masse hinausragten, die wenigen Intellektuellen, eine Erniedrigung, deren Schilderung mir selbst heute noch jedesmal das Herz zusammenzieht.

Diese soziale und geistige Trennung, diese soziale und geistige Zurücksetzung waren es, gegen welche unsere besten Männer gekämpft und gestritten, und um einen Ausdruck Gabriel Riesser's zu gebrauchen, einen der Juden, die wir je besessen, „geschrieben haben, nicht mit Tinte, sondern mit ihrem Herzblut und mit dem Safte ihrer Nerven.“

Da fällt in diese Nacht der erste Lichtstrahl; der ungarische Landtag öffnete das Ghetto, die Juden durften unter Christen wohnen. Das war schon ein Grosses, das, wenn auch nur leise und sehr langsam, eine Aenderung in dem Denken der Juden hervorbrachte. Erst von da an wussten sie, woran sie früher nie denken konnten, dass sie Stadt- und Landeskinder wären, erst von da an fingen sie an, sich dafür zu interessieren, was in der Welt um sie herum vorging. Sie kümmerten sich um die Vorgänge im Landtag und der Aussenwelt. Sie gründeten einen Verein und dieser wieder schuf ein in seiner Art und für jene Zeit grosses Institut mit Kinderbewahrungsanstalt, sechsklassiger Knaben- und Mädchenschule mit vernünftiger Leitung. Leise, sehr leise, langsam, sehr langsam, aber doch unverkennbar vollzieht sich eine gewisse Ausgleichung.

Und dann kam die plötzliche Aenderung des Jahres 48 über das ganze Reich. Die Juden wurden gleichberechtigte Staatsbürger und selbst die Zeit des Konkordates und der Militärregierung hinderte diese Weiterentwicklung nicht, denn der Druck lastete auf Alle ohne Unterschied der Konfession. Und selbst dieser Druck verhinderte nicht manch merkwürdige Aenderung. In demselben Pressburg werden jetzt drei jüdische Magistratsräte gewählt, vor denen die städtischen Heiducken am Eingange des Rathauses präsentieren. Und dann kam die konstitutionelle Zeit, die Zeit der liberalen Aera, welche tatsächlich in der öffentlichen Meinung den Unterschied zwischen Juden und Christen aufhob. Ignaz Kuranda stand an Genie hinter Mühlfeld, an Schärfe hinter Berger, an Temperament hinter Giskra, aber Niemanden von Ihnen an allgemeiner Popularität in ganz Wien zurück. Und wie im Grossen so auch im Kleinen. Ich bin damals mit noch einem anderen Juden in den Bezirksausschuss gewählt worden und wer den damaligen Bezirksvorstand Konrad Ley und seine Kollegen gekannt hat, weiss, dass dieser ganze Bezirksausschuss aus lauter Urchristen bestand, und in diesem Kollegium verspürten wir, dass die Herren zwischen sich und den zwei Juden wirklich keinen Unterschied empfanden. Das Gleiche war der Fall im Ortsschulrate, in welchem ich damals der einzige Jude war. Und noch weniger konnte ich mich, wenn auch nur in der geringsten Weise, im Gemeinderate unter Fremden fühlen. Wer war denn derjenige, welcher mich nahezu gezwungen hat, in den Gemeinderat einzutreten? Niemand anderer als Dr. Lueger, der mich, den ihm nur aus seinen Arbeiten bekannten, sonst fremden Mann selbst wiederholt aufgesucht hatte, um ihn zu diesem Eintritte zu bestimmen. Ich darf wohl sagen, dass wir alle jüdischen Gemeinderäte damals im Gemeinderate mit Anerkennung und freundschaftlicher Gesinnung von allen christlichen Kollegen betrachtet worden sind. Und die beste Frucht der gemeinsamen politischen Tätigkeit in den verschiedenen Korporationen, in den Vereinen u. s. w. war offen-

bar die, dass sich ein unterschiedloser, sozialer Verkehr zwischen all diesen Juden und Christen herauszubilden anfing.

Dann, meine Herren, kam wieder eine andere Zeit: rein wirtschaftliche, irrig ausgelegte Tatsachen riefen nicht bloss bei uns, sondern überall die Bewegung des kleinen Mannes und mit ihm den Antisemitismus — die beiden Bewegungen fallen zusammen und sind identisch — hervor. Der Antisemitismus hat die Juden mit einer unsichtbaren und doch tiefen Kluft umgeben, sie sozial und politisch wie auf einer Insel zusammengedrängt. Da ist es nicht nur psychologisch erklärlich, menschlich, sondern geradezu unausweichbar gewesen, dass ein grosser Teil der Juden und gerade nicht der schlechteste, nämlich die Jugend, in gerechter Verbitterung über das uns zugefügte Unrecht sagten, jetzt wollen wir erst recht nur Juden und nichts anderes sein. Ich habe diesen jungen Leuten nachgefühlt, ich fühle ihnen noch heute nach, aber dieses Mitgefühl als Mensch und Jude kann mich in meiner Ueberzeugung nicht irre machen, dass diese Richtung eine irrige und für die Zukunft der Juden verhängnisvolle ist und von dieser Exklusivität ist nicht jene die schlimmste, welche Ihnen finster und grobschlächtig allwöchentlich in der Zeitung präsentiert wird und die mich anmutet wie ein sozialer und politischer Obskurantismus, sondern wie er gerade bei vielen Juden vorkommt, die ausgezeichnete und gebildete Männer sind, denen aber politische Einsicht und Rechnung fehlt. Hält diese Richtung noch einige Dezennien an, so muss sie uns erst recht und wirklich zu Fremden machen. Gestatten Sie mir, Ihnen den Sinn dessen, was ich sage, durch ein Beispiel zu veranschaulichen:

Wir haben hier in Wien eine griechische Kolonie; diese Griechen sind allüberall, in Wien, in London, in Paris etc. eine Fremdenkolonie geblieben. Sie sprechen unter sich nur griechisch, man findet unter ihnen keinen Advokaten, keinen Schriftsteller, kaum einen Arzt, keiner von ihnen (ich kenne nur eine einzige Ausnahme) nimmt Anteil an dem öffentlichen, dem geistigen Leben Wiens. Wien ist ihnen fremd, sie sind den Wienern fremd. Wir Juden haben uns aber tief eingewurzelt, geistig, sozial, wirtschaftlich und politisch. Und darum halte ich es für unmöglich, dass diese Kluft eine andere sein kann als eine vorübergehende, sie muss und sie wird wieder überbrückt werden. Und die Zustände werden und müssen dahin gelangen, wie wir sie durch nahezu ein halbes Jahrhundert gesehen und empfunden haben.

Wir Juden sind eine winzige Minorität, für uns müssen kämpfen Freisinn und Menschentum; die Kluft kann nur überbrückt werden durch Männer, die gegen das Unrecht kämpfen, weil es eben ein Unrecht ist, und für die Gleichheit aller Staatsbürger kämpfen, weil die Gleichheit ein natürliches Recht aller ist, kurz, sie kann nur überbrückt werden durch Männer freisinnigster, demokratischer Gesinnung. Und darum halte ich es für einen schweren

politischen Fehler jener Partei innerhalb der Gemeinde, dass sie dem Dr. Ofner einen Gegenkandidaten gegenübergestellt hat und noch dazu einen Mann, den ich zwar persönlich hochschätze und verehre, welcher aber dem Kampfe eine konfessionelle Färbung gibt, die in denselben nicht hineingehört und politisch geradezu zweckwidrig ist.

Man hat zur Widerlegung Steudel und Kuranda herbeigezogen. Alle Beispiele hinken bekanntlich. Jene aber von Steudel und Kuranda ganz besonders. Ist Ersterer überhaupt als Protestant gewählt worden? Unter seinen Wählern in Margarethen waren vielleicht nicht fünf, vielleicht nicht ein einziger Protestant. Zu jener Zeit hat man an ähnliche Dinge gar nicht gedacht. Letzterer hatte seine glänzende politische Laufbahn hinter sich, als er ersucht wurde, dem Kultuspräsidium den Glanz seines Namens zu verleihen. Das hat er natürlich nicht abgeschlagen, aber er, der Gründer der „Grenzboten", dieser freiesten und konfessionslosesten aller damaligen Zeitschriften, hätte gewiss das Judentum in dem von mir bezeichneten engherzigen Sinne ganz entschieden abgelehnt.

Meine Herren! Ich schliesse. Gerade an die jüdischen Wähler richte ich meinen Appell: Wählet Ofner, öffnet mit seiner Wahl der besseren sozialen und bürgerlichen Aussicht der Juden eine Gasse!"

Zusammenschluss der mährischen Kultusgemeinden.

Als vor mehr als Jahresfrist, kurz nach Abhaltung des Brünner Deutschen Volkstages, der die nationale Leidenschaft zur Gluthitze angefacht hatte, überraschenderweise im mährischen Landtage zwischen Deutschen und Tschechen ein nationaler Frieden geschlossen wurde, darauf basierend, dass die feindlichen Brüder bei politischen Wahlen getrennt marschieren, traten über Anregung der Wiener „Union" die Bürgermeister der politischen Judengemeinden und die Kultusvorsteher zusammen und wählten einen Vollzugsausschuss, dessen Beruf es war, den jüdischen Wählern behufs ihrer Eintragung in den einen oder den anderen nationalen Kataster Rat zu erteilen und bei der Auswahl der Landtagskandidaten dahin zu wirken, dass das jüdische Interesse der Gleichberechtigung seine entsprechende Vertretung finde. Der gewählte Ausschuss fand bei der Leitung der deutschen Fortschrittspartei wenig Entgegenkommen, da sie den Wünschen der jüdischen Wählerschaft die angeblich einzig und allein massgebende Autonomie der Bezirkswahlausschüsse entgegenhielt. Insbesonders glückte es nicht, in der Olmützer Handelskammer die Wahl eines alldeutschen Vertreters der Gewerbepartei hintanzuhalten und einen jüdischen Kandidaten durchzusetzen.

Waren sohin die bei den Landtagswahlen erzielten Erfolge keine übergrossen, blieb doch der Wunsch rege, auch für die Zukunft den Zusammenschluss der mährischen Judenschaft nicht ausser Acht zu lassen, und anlässlich der heurigen Tagung der Delegierten des Mährischen jüdischen Landesmassefondes brachte dessen Vizepräsident Herr Dr. Fialla in Brünn in Vorschlag, dass die einzelnen Kultusgemeinden je einen Delegierten wählen möchten, damit diese fallweise zusammentreten zur Besprechung der gemeinsamen jüdischen Angelegenheiten und Ergreifung erforderlicher Massnahmen zur Wahrung der gesetzlich gewährleisteten, häufig genug aber ausser Acht gelassenen Rechte der mährischen Judenschaft. Durch diesen Zusammenschluss der mährischen Juden soll keineswegs der „Union“ in Wien und dem daselbst bestehenden Gemeindebunde Konkurrenz geboten, vielmehr die Tätigkeit dieser beiden Körperschaften für unsere Provinz gefördert und unterstützt werden.

Der erstattete Vorschlag fand lebhaften Anklang und über Aufforderung des Präses der Brünner Kultusgemeinde Dr. Fialla wählten von den 51 Kultusgemeinden Mährens weit über 30 den Delegierten, so dass für den 30. v. M. die erste Beratung in Brünn veranlasst werden konnte, an der die meisten Delegierten, bis auf wenige stichhältig entschuldigte, und mehrere Mitglieder der Brünner Kultusgemeindevertretung teilnahmen. Am selben Tage brachte das Morgenblatt des Brünner Organs der deutschen Fortschrittspartei die sensationelle Mitteilung von dem Vorgehen des Iglauer Abgeordneten Dr. Gross gegen die drei in Wien gewählten freisinnigen Abgeordneten, und damit drängte sich von selbst die Politik in den Vordergrund der Diskussion.

Dr. Hieronymus Fialla, zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt, fand in seiner Eröffnungsansprache scharfe Akzente, um den Scheinliberalismus der deutschen Parteiführer zu geisseln, die sich noch immer fortschrittlich nennen, sich aber immer wieder und wieder an die antisemitischen Freialldeutschen herandrängen, an die Charakterhelden, die aus voller Kehle „Los von Rom“ schreien und an Bündnissen mit den Christlich-Sozialen keinen Anstoss nehmen. „Die Herren vergessen, wie oft ihnen schon von den Wolfianern die Bundestreue gebrochen und wie ihre Anbiederung mit Fusstritten gelohnt wurde. Mit diesen soidisant-Vertretern des Liberalismus ist ein weiteres Zusammengehen unsererseits ausgeschlossen. Unseren Glaubensgenossen in Leipnik, Weisskirchen und Neutitschein muss volle Anerkennung gezollt werden, dass sie sich Dr. Bodirsky als Abgeordneten nicht aufdrängen liessen und, vor die Wahl zwischen diesem und dem Sozialdemokraten Niesner gestellt, für den letzteren den Ausschlag gaben, zumal den Sozialdemokraten ihr bedingungsloses Eintreten für die freisinnigen Mandatswerber bei den Stichwahlen hoch angerechnet

werden muss. Der jüdische Wähler kann sich nur einer wahrhaft freisinnigen Partei anschliessen, und er wird in das sozialdemokratische Lager gedrängt, wenn die bürgerlichen Parteien in der Verleugnung der Staatsgrundgesetze wetteifern und selbst das Juwel unserer Gesetzgebung, die Freiheit der Schule, einst mit Begeisterung durch Freudenfeuer gefeiert, nur matt verteidigen." Die Ausführungen des Vorsitzenden fanden lebhaften Widerhall und wurden in der Debatte, an der sich die Herren Dr. Weiss (Boskowitz), Pollenz (Misslitz), Dr. Körner (Göding) und David Spitzer (Leipnik) lebhaft beteiligten, mit voller Zustimmung variiert.

Auch die Stellung der Juden in den überwiegend tschechischen Bezirken wurde ventiliert und die Frage erörtert, wie dem gefährlichen wirtschaftlichen Boykott in den Landgemeinden entgegengetreten werden kann, trotz der mitunter zutage tretenden Abneigung der Behörden, das Gesetz diesbezüglich objektiv zu wahren. Nach nahezu dreistündiger Dauer wurde die Verhandlung, in der vollste Einmütigkeit zutage trat, durch den Vorsitzenden geschlossen mit dem Hinweise darauf, dass uns die Not der Zeit zusammengeführt und dass hoffentlich diese Not uns lehren werde, treu zusammenzuhalten mit Unterdrückung geringfügiger Meinungsverschiedenheiten.

Von Fassung einer Resolution wurde Umgang genommen, dagegen Dr. Fialla beauftragt, Herrn Baron d'Elvert die zutage getretenen Anschauungen bekanntzugeben.

* * *

Der Kultusvorstand von Leipnik hat an die deutschen Abgeordneten von Mähren nachstehende Resolution übermittelt:

„Verehrliche Parteileitung! Die Wiener Tagesblätter vom 25. Mai brachten übereinstimmend die Notiz, dass am 29. und 30. Mai in Wien über den Zusammenschluss der deutschfreiheitlichen Fraktionen zu einem deutschen Klub verhandelt werden solle, und der „Tagesbote" vom 25. Mai (Abendblatt) präludiert in seinem Leitartikel diesen Verhandlungen, indem er darauf vorbereitet, dass dieser Zusammenschluss nur auf dem Kompromisswege zu vollziehen sei. Da nach den übereinstimmenden Meldungen aller Blätter auch die Freialldeutschen zum Anschlusse aufgefordert werden sollen, deren politische Mässigung nach den gemachten Erfahrungen billig bezweifelt werden darf, so ist zu befürchten, dass die Kosten des angedeuteten Kompromisses wieder, wie schon des öfteren, die deutsche Fortschrittspartei bezahlen wird, indem sie, dem Terrorismus der Alldeutschen nachgebend, einen Teil ihrer fortschrittlichen und freiheitlichen Grundsätze zumindest zurückzustellen sich bewegen lassen wird.

Als treue Anhänger und Verfechter der deutsch-fortschrittlichen Ideen fühlen wir uns daher verpflichtet, an die verehrliche Parteileitung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, in freiheitlicher Beziehung den Freialldeutschen auch nicht die allergeringste Konzession zu machen, sondern unbedingt darauf zu bestehen, dass in das Programm des neuzubildenden deutschen Klubs die Forderung aufgenommen werde: die Verwendung, Betätigung und Geltung des Staatsbürgers im öffentlichen und staatlichen Leben sei von seinem Glaubensbekenntnisse oder seiner Rassenzugehörigkeit vollständig unabhängig. In einem wahrhaft freisinnigen Programm darf dieser Punkt nicht fehlen, und

wenn die Alldeutschen dieser von Freisinn unzertrennlichen Forderung ihre Zustimmung nicht erteilen können, so sind sie eben keine freiheitliche Partei und gehören nicht in den Block der Freisinnigen. Auch ein Kompromiss in dem Sinne, dass das freiheitliche Programm die Frage der Gleichberechtigung aller Konfessionen und die Stellung zum Antisemitismus mit Stillschweigen überginge, könnte die Zustimmung der wahren Vertreter des Freisinnes, besonders aber der deutschen Wähler des jüdischen Bekenntnisses, nicht finden. Was der Block durch Ausscheidung der Alldeutschen an numerischer Stärke verliert, würde er an innerer Konsistenz gewinnen. Darum ersuchen wir nochmals im Interesse der guten fortschrittlichen und freiheitlichen Sache ebenso bescheiden wie dringend und auf Grund der klar und deutlich ausgesprochenen Ideen des Fortschrittes und der Freiheit, sich zusammenzuschliessen und nicht einer abgewirtschafteten Partei zuliebe Prinzipien beiseite zu stellen und dadurch einen schweren Konflikt hervorzurufen.

Im Namen der deutschen Wählerschaft jüdischen Bekenntnisses und in Vertretung der petitionierenden Kultusgemeinden: D. Spitzer, Kultusvorsteher der Kultusgemeinde Leipnik."

Ein Protest

gegen Verunglimpfungen unseres Stammes und Glaubens.

Abgefasst von Leopold Mandl.

IV.

»Kennt ihr die alte deutungsvolle Sage?
Als Zion sank, da ras't in toller Wut
Der Römer, hält im Tempel Lustgelage
Und wirft die heilige Rolle in die Glut.
Es jauchzt die wilde Horde rachetrunken,
Stets zügelloser steigt der Roheit Lauf,
Das Pergament zerstiebt in tausend Funken,
Die Thora brennt, die Lettern fliegen auf.« [1])

Eine auf Entkräftung unserer heiligsten Urkunden abzielende Kritik ist seit Jahrzehnten beflissen, sich in den Texten alles auf eine Weise zurechtzulegen, wie es von mutwilligen Kindern bei Hantierungen mit Spielgegenständen zu geschehen pflegt. Was zerlegbar ist, wird zerstückelt, was zerreissbar, auseinandergerissen, war etwas vorn, kommt es nach rückwärts und das Rückwärtige wird nach vorn geschoben, und was dann noch irgend eine natürliche Form verrät, kommt auf den Kopf zu stehen, damit es sich nur nicht anders ausnehme, als man es haben will.

Die Hauptangriffe richten sich gegen die Bücher der Lehre Moses, gegen die Sammlung von Lehren, Erzählungen, poetischen Gemälden, Geschichtsbildern, Verordnungen und Gesetzen, die in der den Stamm Jakobs umfassenden Religionsgemeinschaft seit ihrem Bestehen von Geschlecht zu Geschlecht vererbt wird. Man will die Thora um tausend Jahre verjüngen, um ihr den heiligen Nimbus zu nehmen, das ist jedoch ein vergebliches Vorhaben.

---

[1]) Aus einer Dichtung von Dr. Moriz Rappaport. S. A.

Insoweit man es mit dem sie darstellenden Schriftwerke zu tun hat, vermag ja eine in rücksichtsloser Willkür geschäftige Buchkritik alles in den Texten so unsinnig durcheinander zu schieben und so verkehrt hinzustellen, wie es die Tendenz erfordert, ganz anders verhält es sich, wo ihr Wesen selbst der lichtstrahlende Feuergeist des gross und tief angelegten Erziehungsplanes in Betracht kommt, dem beizukommen wird es nie gelingen.

Alle ihre Ideen, Gesetze, an zeitgeschichtliche Vorkommnisse, Erscheinungen und Erlebnisse und an Stammeserinnerungen geknüpfte Anordnungen und Ermahnungen zusammengenommen, als ein Ganzes betrachtet, erweist sich die Lehre Moses als ein System, das eine Läuterung des Innenlebens gesteigerte Empfänglichkeit zur Erkenntnis der höchsten Wahrheiten und allmälige Erziehung des Israelitenvolkes zum reinsten ethischen Monotheismus bezweckt.

Die ganze Zeit seiner Wirksamkeit, das grosse Ziel stets im Auge behaltend, geht der Gottesmann bei der Anleitung seiner Stammesgenossen zur sittlichen Religiosität pädagogisch vor. Er trägt dem Fassungsvermögen seiner auf grundverschiedenen Kulturstufen befindlichen Zöglinge und der Lage, den Lebenserfahrungen und der Gefühlsstimmung in angemessener Weise Rechnung, greift immer, den augenblicklichen Erfordernissen entsprechend, bald zur Milde, bald zur Strenge, strebt, dem Guten und Wahren durch richtige Empfindungen und gute Gewöhnungen den Weg zu bahnen, bei allen Weisungen geht seine Richtung von der Anschauung zum Begriff, von der Erfahrung zum Gedanken, vom Konkreten zum Abstrakten. [1])

Eindrucksvolle Veranlassungen und anschauliche Beispiele werden benützt, um zur Ueberzeugung und Veredlung der Gesinnung zu führen; die Methode geht auf Erweckung der Selbsttätigkeit der Lernenden, auf Einsehen und Erkennen aus. Jeder Zug zeigt, dass man die Zöglinge durch und durch kennt und sehr gut weiss, wovon man mit ihnen reden soll und worüber zu schweigen ist [2]) und was ihnen zugebilligt werden darf und wovor sie sehr eindringlich gewarnt werden müssen, und obwohl, die zu erwartenden Erfolge der Bemühungen betreffend, keinerlei Illusion vorhanden, erlahmt der Eifer nicht. Und die Lehrtätigkeit und Anleitung hat stattgefunden unter dem steten sorgenvollen Hinblicke auf eine von tausend Wahngebilden betörte, in Blut und Unzucht schwimmende finstere Welt, deren Strömungen Israel in der Wüste nur zeitweilig entzogen gewesen und dabei hatte man auch mit weiten Schichten zu rechnen, die von verschiedener Sittenfäulnis angekränkelt waren und die physischen, intellektuellen

---

[1]) Eines der schönsten Beispiele Exodus 15, 22—26.

[2]) So finden wir in der Thora die Idee der Unsterblichkeit nur angedeutet, nrgends jedoch deutlich geäussert, weil sie dem Volke ohnehin und noch dazu in den betörenden Formen, wie sie die Egypter gehegt, bekannt war und es demnach angezeigt gewesen, die Phantasie nicht unnötig damit zu beschäftigen.

und moralischen Schäden, welche die lange währende Sklaverei angerichtet hatte, zu sanieren und Vorsorge zu treffen, dass die bitter arme, heimatlose, politisch ohnmächtige, von allen möglichen Gefahren bedrohte Menschenmasse, nicht in helle Verzweiflung gerate oder durch irgend einen äusseren Anstoss einem kläglichen Untergange verfalle, sondern ihr Ziel die in Aussicht genommene neue Heimat wohlbehalten erreiche.

Diese, obwohl die Hand Gottes sichtlich im Spiele war, sehr schwierige Aufgabe ist durch Moses bis zu einem gewissen Grade gelöst worden. Das Ergebnis war, die in wenigen Jahrzehnten zustande gebrachte Umwandlung loser, zerrütteter, fast aller Existenzbedingungen barer, verwahrloster Stämme in ein Kulturvolk, in eine lebenskräftige Nation. Nach dem Tode des unvergleichlichen Führers ist das Erziehungswerk unterbrochen worden und nach dem Ableben seiner ersten Nachfolger auch der von ihm vorausgesehene Verfall eingetreten, doch der über seine Gegenwart weit hinausgreifende volkspädagogische Plan, dessen Bestandteile verschiedenen Kulturstufen angemessene Erziehungsmittel bilden, ist geblieben und bald mehr, bald minder verstanden, bald in engen, bald in weiten Kreisen von Geschlecht zu Geschlecht in unserem Volke vererbt worden und ist die Quelle seiner sittlichen Kraft gewesen und hat immer wieder und wieder das Lebenselement seiner Verjüngung gebildet. Das ist das geistige Vermächtnis eines vollendeten Universalgenies, mit dem kein Anflug von Hochmut verbunden war, eines Gottgesandten, der sich nur als fehlbarer Mensch gefühlt und nur als Sterblicher betrachtet sein wollte, eines selbstlosen Mannes, der in hervorragendster Stellung weder für sich noch für seine Nachkommen irgend welche Titel oder Vorteile angestrebt hat, des imponierenden, energischen Lehrmeisters, der in einem Hochtale, das gegenüber dem Tempel des von ihm bekämpften Götzens Baal Peon gelegen, seine letzte Ruhestätte aufgesucht, um seine Stammesgenossen von dem Besuche der einer schamlosen Unzucht gewidmeten Kulturstätte abzuschrecken, des Erleuchteten, dessen Grab allen verborgen geblieben, damit man mit ihm nach dem Tode keinen Kultus treibe, des grössten aller Propheten, der noch über das Leben hinaus seinem Gotte gedient: das ist unsere Thora, darum fliegen, wo man ihren Geist durch Zerstörung der sie darstellenden Schrift treffen will, immer und überall die Lettern auf. Um unsere Auffassung durch ein Gleichnis zu begründen, wollen wir uns eine sehr entfernte Möglichkeit vorzustellen versuchen. Nach einer von Solon herrührenden Ueberlieferung ist, wie Plato erzählt, in unvordenklicher Zeit ein reichbevölkertes Festland, der grosse Inselkontinent Atlantis, in die Tiefe gesunken und von den Fluten des atlantischen Ozeans verschlungen worden. Von den, wie uns mitgeteilt worden, an einem Tage und einer Nacht von den Gewässern weggespülten Menschen, die versunken und vergessen samt allem Habe irgendwo im

Meeresgrunde begraben, ist die ungezählten Jahrtausende hindurch kein Erinnerungszeichen an die Oberfläche gelangt, erst unserer Zeit war die glückliche Fügung beschieden, ein solches zu erlangen. Taucher haben aus einem der Abgründe jener Gegenden sechs Granittafeln gehoben, in welchen auf beiden Seiten allerlei abenteuerliche Figuren eingraviert sind. Die Gelehrten haben entdeckt, dass hier eine in zwei Sprachen und zwei Schriftarten abgefasste Gesetzurkunde vorliege, und zwar befindet sich immer auf der einen Seite der Platte, in der unbekannten Sprache und Schrift von Atlantis gegeben der Originaltext und auf der anderen Seite eine in egyptischer Sprache und Hieroglyphenschrift beigegebene Uebersetzung:

In dieser, welche man in eine lebende Sprache übertragen, ist zu lesen:

„Einem jeden Verhältnisse sklavischer Knechtschaft fehlt die Rechtsgrundlage, über Leib, Leben und Gesundheit eines Menschenwesens willkürlich zu verfügen, steht niemandem zu. — Aneignung von Stammesangehörigen zu Sklavendiensten darf nicht stattfinden, andere Menschen betreffend wird eine solche nur geduldet, damit manchen von den vielen Unglücklichen, die in der Umgebung unter roher Behandlung schmachten, Gelegenheit geboten sei, in eine milde Botmässigkeit zu geraten.

Die Sklaven sollen wie die Freien einen wöchentlichen Ruhetag haben, an geheiligten Mahlen teilnehmen dürfen und an den Festfreuden Anteil haben.

Auf zufälligen Totschlag eines Sklaven ist die Todesstrafe gesetzt, auch wenn sich der Unglücksfall bei einer gewöhnlichen Züchtigung ereignet. Hat ein Knecht oder eine Magd durch den Herrn eine Beschädigung, wie zum Beispiel den Verlust eines Zahnes, erlitten, muss Freilassung erfolgen, und wenn sich ein Sklave vor seinem Herrn ins Land geflüchtet, muss er in jeder Hinsicht als Befreier betrachtet werden. Man darf Tiere, selbst wenn es grosse, ökonomische Vorteile bieten könnte, nicht verstümmeln. Ist das Lasttier eines Feindes unter der schweren Bürde gefallen, denke man ja nicht: „Ich will mit dem Menschen nichts zu tun haben, darum kann ich auch dem armen Tiere nicht helfen.“ Nein, man muss dem inneren Grolle Trotz bieten und ist gehalten, selbst in Gesellschaft eines Todfeindes, dem gequälten Geschöpfe Hilfe zu leisten, bis es, von der drückenden Last befreit, sich wieder erheben kann. — Tiere, die an Kraft verschieden sind und zweierlei Gattungen angehören, dürfen nicht gemeinsam an den Pflug gespannt werden.

Arbeitet ein Tier beim Dreschen oder sonstwo bei Nahrungsmitteln, nach denen es lüstern ist, darf ihm, wenn es auch den mittätigen Menschen unbequem ist, dass es mitunter nach Nahrung greift, nicht das Maul verschlossen werden. Einen Taglöhner soll der Lohn noch am selben Tage ausbezahlt werden, denn er sehnt

sich danach. Unentbehrlicher Hausrat oder Werkzeuge des Handwerkers dürfen nicht gepfändet werden. Das Hausrecht muss respektiert werden. Der Pfändende darf in das Haus des Schuldners nicht eintreten, um das Pfand selbst zu holen. Hat jemand eine Decke des armen Schuldners gepfändet, ist er gehalten, ihm dieselbe bei Sonnenuntergang zurückzuerstatten, damit er sie in der Nacht benützen kann.

Wollt ihr einmal einen König über euch setzen, wie all die Völker rings umher, soll es ein Stammesgenosse sein, ein Fremder unter euch hat im allgemeinen dieselben Rechte wie ihr, doch König über euch darf er nicht werden.

Der König stehe nicht über, sondern unter dem Gesetze, wie jeder andere Mensch, und damit er nicht hochmütig werde und sich immer nach der Vorschrift richte, soll er eine Abschrift dieser und aller anderen Gesetze jederzeit zur Hand haben."

Wer das Sechstafelgesetz mit Verständnis durchgelesen hat, wird folgenden Schlüssen beistimmen, die von einen einheitlichen, freien, humanen und gerechten Geiste getragenen Bestimmungen lassen keinen Zweifel, dass es nur ein weiser tiefblickender Gesetzgeber gewesen sein kann, von dem es herrührt.

Die Menschen, denen es gegolten, müssen für dessen Sinn eine gewisse Empfänglichkeit besessen haben, sonst hätte es die Weisheit des Gesetzgebers nicht zugelassen, dass er sich mit derlei Dingen an sie wende. Empfänglichkeit und Verständnis für solche Gesetze können aber, wie die Geschichte lehrt, sich nur auf eigenartige Lebenserfahrungen gründen, folglich muss das Volk von Atlantis solche gehabt haben, und die ganze Natur der Sache spricht dafür, dass es die mannigfachen Seelenqualen, gegen die sein Gesetzgeber ankämpft, in irgend einem Verhältnisse drückender Knechtschaft selbst durchgekostet haben muss und in einer schon bessern Zeit, wo aber die lebhafte Erinnerung daran noch heftig nachgezittert, so belehrt worden ist. Das Sechstafelgesetz muss unbedingt in einer Epoche freiheitlichen und sittlichen Aufschwunges, die einer Zeit gefolgt, in der jenes Volk peinlicher erniedrigender Willkür preisgegeben war, gegeben worden sein, dazu stimmt auch der Passus, der die Einsetzung eines Königs als eine mögliche Sache einer unbestimmten Zukunft behandelt.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass der weise Gesetzgeber für seine Person vorausgesehen hat, dass der unerwünschte Fall der Erhebung eines Einzelnen zum Herrscher ganz sicher in der Zukunft gelegen; in sonstigen Hinsichten ist jedoch an keine irgend haltbare Annahme zu denken. Wer behaupten wollte, dass die weisen und humanen Ideen im Leben des Volkes von Atlantis allgemeine dauernde Geltung erlangt haben und ihrem hohen moralischen Werte entsprechend betätigt worden sind, müsste sich über Erwägungen, die sich geradezu aufdrängen, leichtfertig hinwegsetzen.

Es ist ja bekannt, dass Kriege die Gemüter verrohen, üppiges Genussleben die Geister abstumpft, entartete Gesellschaft die Sitten verdirbt, Feindseligkeiten Verbitterung erzeugen und dass anhaltender Druck eines eigenen Tyrannen in einem Volke den Freiheitssinn ertöten kann; wie leicht möglich, dass schon frühzeitig Ereignisse und Umstände eingetreten, die den Sinn für das Gute und Wahre wesentlich getrübt haben.

Ganz im Bereiche der Möglichkeit liegt sogar, dass selbst die Gesetzurkunde wegen ihres ins soziale und politische Leben greifenden Inhaltes zeitweilig in Gefahr gewesen, von Widersachern vernichtet zu werden, und nur durch einige Wohlgesinnte, die sie lange in einem sichern Verstecke bewahrt, erhalten geblieben ist und dass gar mancher klassische Ausdruck der Urkunde erst spät in die Volkssprache gekommen. Dieses seine Deutung in sich tragende Traumgebilde, ist ein partieller Reflex der grossen Wirklichkeit, von der sich eine ebenso leichtfertige wie seichte Bibelkritik, die man leider modern nennt, nicht das Geringste träumen lässt. Seine Nutzanwendung ergibt, dass, selbst wenn in unserer Thora kein Wörtchen über einen Aufenthalt des Israelitenvolkes in einer ungastlichen Fremde stände, keine Silbe von sklavischer Knechtung desselben erzählen würde und kein einziger Buchstabe etwas über seine rasche Befreiung verlauten liesse, dass alles aus den Gesetzen, über die Rechte der Knechte und Sklaven, über das Verhalten gegenüber den Fremden, über die Behandlung der Tiere und über die verschiedenen milden Berücksichtigungen der Armen sehr leicht zu schliessen wäre und sich daraus und aus manch anderen Bestimmungen mit mathematischer Gewissheit ergeben würde, dass die Gesetzgebung in einer Zeit, wo noch die volle Erinnerung an die im Sklavendienste ausgestandenen Leiden recht lebhaft gewesen und alles unter dem frischen Eindrucke der Befreiung gestanden, stattgefunden haben muss.[3])

Das zeigt hinlänglich, wie töricht es ist, dass man sich über die von der Thora angegebene Zeitperiode ihrer Entstehung tändelnd hinwegsetzt und indem man alles, was von ihren Mitteilungen über die grausame egyptische Knechtung und die Erlösung vom Sklavenjoche bezüglich in Betracht kommt, ignoriert, für dieselbe Zeiten der Demütigung, Verbitterung, Verrohung und Zerrüttung annimmt. Wer nicht geradezu ein Seelenbedürfnis hat, an unserer Thora herumzunergeln, gewinnt ganz naturgemäss die Ueberzeugung, dass selbe genau so alt ist, wie sie angibt.

Wo es nicht unlautere Motive sind, denen ein solches Bedürfnis entsprungen, ergibt die Krittelei Missverständnisse und

---

[3]) Besonders zu beachten sind bezüglich Vers 11, 12, 13, 14 des 30. Kapitels Deuteronomium.

Irrtümer, die beklagt zu werden verdienen,[4]) wo jedoch blindwütiger Rassenhass an der Bibel herumpfuscht, brütet er Nichtswürdigkeiten aus, die geradezu zur Verachtung zwingen. Wie weit sich ein böser Wille verrennen kann, zeigen folgende Aeusserungen des Instinkthelden:

„Erst nach der babylonischen Gefangenschaft künstelte man nämlich den spezifisch jüdischen Charakter in die Bibel hinein, indem ganze Bücher erfunden und Moses zugeschrieben wurden und indem häufig Vers für Vers Interpolationen und Korrekturen die freiere Anschauung Altisraels verwischten und durch den engen jerusalemischen Jahvekultus ersetzten, als habe dieser von jeher infolge göttlicher Satzung bestanden."

„Die Fata Morgana der urväterlichen Wüste zaubert diesem Halbsemiten süssen Trost für die Tragik seines Schicksals vor, einen luftigen betrügerischen Trost, doch durch die Gewalt des Willens, genannt Glaube, eine genügende, für andere oft gar gefährliche Lebenskraft. Hier triumphiert die Macht der Idee in einer erschreckenden Weise, in einem gut beanlagten, doch weder physisch noch geistig ungewöhnlich hervorragenden Volke erzeugt sie den Wahn einer besonderen Auserwähltheit, einer besonderen Gottgefälligkeit, einer unvergleichlichen Zukunft, sie schliesst es in tollem Hochmut von sämtlichen Nationen der Erde ab, zwingt ihm ein geistloses unvernünftiges, in der Praxis gar nicht durchführbares Gesetz als ein gottgegebenes auf, nährt es mit erlogenen Erinnerungen und wiegt es mit verbrecherischen Hoffnungen."

Anmassender Unsinn! Ein Stockblinder will auf Wahrnehmungen von Farbenblinden gestützt über Farbentöne belehren. Wie kann ein Mensch, der in punkto Gerechtigkeit, Wahrheitstreue, Mitleid, Erbarmen und Humanität so viel zu wünschen übrig lässt, für den Lehrstoff, der unsere Psalmisten und Spruchdichter mächtig angeregt und die Propheten begeistert hat, irgend welches Verständnis haben?

Der Mann glaubt unserer Thora mit zündenden Phrasen beikommen zu können, seine Ungezogenheiten verfangen nicht, denn strahlend fliegen die Lettern auf und zeigen die volle Erbärmlichkeit seines Beginnens.

Schon die Namen vieler Personen des aus Egypten gezogenen Geschlechtes zeigen für eine damals stattgefundene national-religiöse Freiheitsbewegung. Leopold Mandl.

---

[4]) Wir können das Thema nicht mit der nötigen Ausführlichkeit behandeln; viel Vorzügliches bietet darüber Jüdische Apologetik von Herrn Dr. Moritz Güdemann.

Mitteilungen der „Oesterreichisch-Israelitischen Union".

Aus dem Vorstande der „Union".

Der Vorstand der „Union" hat sich in seiner Sitzung vom 17. Mai d. J. konstituiert und Herrn Sigmund Mayer neuerdings zum Präsidenten, die Herren Dr. Alexander Mintz und Dr. Jakob Ornstein neuerdings zu Vizepräsidenten, die Herren Julius Granichstädten und Kommerzialrat Emanuel Kanders zu Schriftführern und Herrn Richard Teweles zum Kassier gewählt.

Mit lebhaftem Bedauern verzeichnen wir die Tatsache, dass unser langjähriges, verdientes Vorstandsmitglied Herr Jakob Jaitteles sich wegen geschäftlicher Ueberbürdung genötigt sah, seine Vorstandsstelle niederzulegen. Wir sagen ihm hiermit für seine Treue und Hingebung sowie für die überaus wertvolle Unterstützung, die er fast seit Gründung der „Union" ihren Bestrebungen zuteil werden liess, öffentlich unseren innigsten Dank und geben der Hoffnung Ausdruck, dass es ihm zu einem späteren Zeitpunkte möglich sein werde, seinen Platz in unserer Mitte wieder einzunehmen.

An Stelle des Herrn Jaitteles hat der Vorstand Herrn Börserat Heinrich Pollak kooptiert.

Der „Unionkalender"

Mitte Juli erscheint der neue Jahrgang (5668 = 1907/8) des von der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" herausgegebenen Kalender für Israeliten". Auch dieser Jahrgang weist wesentliche Verbesserungen und Ergänzungen auf. Dem kalendarischen Teile wurde die grösste Sorgfalt gewidmet und im schematischen Teile waren wir bemüht, die möglichste Vollständigkeit und Aktualität der Daten, betreffend die österreichisch-ungarischen Kultusgemeinden, ihrer Vorstehungen, Funktionäre und rituellen Institutionen, zu erreichen. Ebenso wurde auch diesmal dem jüdischen Vereinswesen die grösste Aufmerksamkeit zugewendet.

Der literarische Teil bringt zwei spannende Erzählungen aus dem jüdischen Leben des Ostens, deren Verfasser Dr. J. Rabbinovicz und J. Upřimny sich auf dem Gebiete der jüdischen Belletristik eines ausgezeichneten Rufes erfreuen.

Die handliche Form und die elegante Ausstattung des Kalenders werden auch diesmal gewiss volle Anerkennung finden. Der billige Preis (K 1.60) ermöglicht auch den Minderbemittelten die Anschaffung.

Wir bitten unsere geehrten Mitglieder, mit Hilfe des diesem Hefte beigedruckten Bestellscheines den Bezug des „Unionkalenders“ unverzüglich bei unserem Bureau, Wien, IX., Universitätsstrasse 8, anmelden zu wollen.

Für die russischen und rumänischen Juden

sind uns weiter zugegangen von J. K. in Karolinnenthal K 10·06, von J. S. K 6 zusammen K 16·06, hiezu die bereits ausgewiesenen K 5651·21, Gesamtsumme K 5667·17.

Aus unserem Rechtsschutz- und Abwehr-Bureau.

Eine Wiener Blutabzapfungsgeschichte.

Im Aprilhefte berichteten wir über die falsche Beschuldigung, welche die bei dem Handelsagenten Richard Heller bedienstete Karoline Podsednik gegen ihren Dienstherrn erhoben hatte, des Inhaltes, Heller habe ihr zu rituellen Zwecken Blut abzapfen wollen. Die in dieser Angelegenheit eingeleitete, gerichtliche Untersuchung ist auf Grund des nachfolgend publizierten, gerichtsärztlichen Gutachtens, welches den psychopathischen Zustand des Mädchens feststellt, eingestellt worden. Das Gutachten lautet wörtlich:

1. Karoline Podsednik zeigt gegenwärtig in der rechten Kniekehlengegend drei unbedeutende Hautverfärbungen, die sich ihrem Aussehen nach nicht auf Schnittwunden zurückführen lassen, aber von Hautritzern, z. B. nach Kratzen mit dem Fingernagel herrühren können.
2. Diese Beschädigungen bilden eine an sich leichte Verletzung und sind, ohne eine Gesundheitsstörung und Berufsunfähigkeit nach sich gezogen zu haben, folgenlos geheilt.
3. Die Blutmenge, die diese Ritzer lieferten, kann nur eine ganz minimale (etwa 1 — 2 Tropfen) gewesen sein.
4. Die Angaben der Podsednik bezüglich der Vorfälle der kritischen Nacht sind mit Vorsicht aufzunehmen, da sich bei ihr Anwandlungen von Beachtungswahn vorfanden und sie damals gerade . . . . hatte.
5. Sie ist gegenwärtig vernehmungsfähig.

Dr. Emil v. Pilz m. p. Gerichtsarzt.

Dr. M. Richter m. p. Gerichtsarzt.

Ritualmordbeschuldigungen im Gerichtssaal.

Vor dem Wiener Schwurgerichte hatte sich am 4. d. M. der 41jährige Reisende Jakob Julius Hitzky wegen Gewohnheitsdiebstahls und Veruntreuung zu verantworten. Hitzky ist bereits neunzehnmal vorbestraft. Der Staatsanwalt gibt bekannt, dass der angeklagte Hitzky in der Untersuchung angegeben hatte, er habe mit einem gewissen Elias an einem achtjährigen Mädchen einen Ritualmord verübt und die Leiche auf einem Friedhof in der Nähe Wiens in einem Schachtgrabe verscharrt. Die Untersuchung ergab, dass an der Geschichte kein wahres Wort sei. Trotz dieser Feststellung bringt der Angeklagte bei der Einvernahme des Zeugen Mendel Elias die Geschichte vom Ritualmord neuerdings in sehr erregter Weise zur Sprache. Ueber Antrag des Verteidigers beschloss der Gerichtshof, den Geisteszustand des Hitzky prüfen zu lassen.

Kindesraub zu angeblich rituellen Zwecken.

Die „Svobodno Slovo“ in Sofia schreibt:

„Eine alte Legende, so alt wie das Christentum selbst, bringt von Zeit zu Zeit die Volksmassen in Aufruhr; diese Legende besteht darin, dass die Juden für ihre heiligen Handlungen das Blut minderjähriger Christenkinder verwenden, in dem sie diese stehlen, auffüttern und dann abschlachten. Auch bei uns hat dieses Märchen eine weite Verbreitung gefunden: das Volk glaubt daran, wie an die Strahlen der Sonne. Dies ist die Ursache, dass oft vandalische Gewalttaten gegen Juden verübt wurden, gegen Mitbürger, die seit jeher von geldsüchtigen Elementen zum Gegenstande ihrer Verfolgungen gemacht wurden. Ein Beweis für die Haltlosigkeit dieses Aberglaubens ist überflüssig. Diese Ansichten datieren aus dem Mittelalter, in welchem sie aus kirchlichen Interessen verbreitet wurden. Wir sagen damit nichts Neues; wir müssen uns nur über die Intelligenz jener wundern, welche die Unerfahrenheit der breiten Volksmassen zu Geldspekulationen auszubeuten verstehen.

Die Passah-Woche in der Hauptstadt zeitigte eine kuriose Geschichte: zwei Juden raubten angeblich das Kind des Generals Veltchew, welches von Gendarmen oder Soldaten gerettet wurde — ob die Retter Gendarmen oder Soldaten waren, weiss man nicht, weil sich das Kind Veltchew's keine klare Vorstellung von ihnen machen kann; die Zeitungen schlugen Alarm; eine Untersuchung wurde eingeleitet; die „Täter“ wurden in Gewahrsam gehalten; der Untersuchungsrichter, welcher die Verhafteten freiliess, wurde seines Amtes enthoben — mit einem Wort: dem „Raube“ wurde jene Bedeutung beigemessen, wie sie nötig ist, um den religiösen Fanatismus der Volksmassen zu erregen. Warum

dies alles? Zu welchem Zwecke wurde dieser Lärm erhoben? Vor allem wäre es absurd, zu glauben, dass die Täter Juden waren, der Raub wurde ganz gewiss von einigen Strolchen verübt, die Geld haben wollten. Aber wer sind diese Räuber? Hier liegt der Schwerpunkt. Um ihre Spuren zu verhüllen, redeten die Täter eine Sprache, die den Kindern hebräisch dünkte; und da die Räuber Juden waren, wollten sie nur das Blut der Kinder haben!

In dieser ganzen schmutzigen Geschichte gibt es unbedingt nur etwas Sicheres: dass der infame Zweck verfolgt wurde, Geld zu erpressen. Das ist irrelevant, ob dieses aus der Tasche des Generals oder der Judengemeinde kommen sollte; für jeden Fall wollten die Wegelagerer Geld, und wer es gab, war ihnen Nebensache. Geld brauchte man, aber nicht Blut — das ist der Zweck des „Raubes“. Wer sind aber die Retter des Kindes? Warum haben sie sich bisnun nicht bei den Gerichtsbehörden gemeldet? Welchen Grund können sie haben, ihre Teilnahme an der Befreiung des Kindes zu verbergen? Das sind alles Momente, die die Unstichhältigkeit der bestehenden Ansicht, dass die Räuber Juden waren, noch besser dokumentieren. Traurig ist es nur, dass derartig infame tendenziöse Geschichten die Aufmerksamkeit des Volkes nach einer Richtung lenken, die für die Kultur und Intelligenz einer zumindest zivilisierten Nation beleidigend sind.

Das Schächtverbot des Wiener Gemeinderates.

Wie bekannt, beschloss der Wiener Gemeinderat im Jahre 1905, es seien von nun ab in allen Schlachthäusern die Tiere vor der Blutentziehung durch den Stirnschlag zu betäuben. Ueber Beschwerde des Vorstandes der israelitischen Kultusgemeinde fand die Statthalterei vier Wochen später diesen Beschluss, „soweit er die rituelle Schlachtung nach den Religionsvorschriften der Israeliten untersagt“, zu beheben. Der von der Gemeinde Wien dagegen ergriffene Rekurs wurde vom Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus und Unterricht abgewiesen. Jetzt erst kam die Angelegenheit vor der obersten Administrativbehörde, dem Verwaltungsgerichtshofe, zur endgültigen Entscheidung. Derselbe hat wohl schon in einem ähnlichen Falle judiziert, doch handelte es sich damals um ein striktes Schächtverbot, welches die Gemeindevertretung von Rumburg für ihr Schlachthaus beschloss. Der vorliegende Beschluss des Wiener Gemeinderates dagegen wurde auf Grund des § 107 des Gemeindestatutes in Handhabung der Sittlichkeitspolizei im selbständigen Wirkungskreise gefasst, um einen Akt der Tierquälerei und Tiermisshandlung hintanzuhalten. Dem Verwaltungsgerichtshofe, der sich am 11. d. M. mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, lagen zwei verschiedene Beschwerden vor, nämlich eine des Wiener Gemeinde-

rates gegen die Sistierung des Beschlusses und eine der Wiener israelitischen Kultusgemeinde gegen den Beschluss des Gemeinderates. Die von Dr. Porzer verfasste Beschwerde der Gemeinde Wien bestreitet, dass durch den fraglichen Beschluss die Artikel 14 und 15 der Staatsgrundgesetze oder des § 25 des israelitischen Religionsgesetzes vom Jahre 1890 verletzt werde. Die bisherigen Schlachtmethoden entsprächen nicht mehr den Prinzipien der Humanität; vielmehr erweise sich die Tötung von Tieren durch Halsschnitt ohne vorhergehende Betäubung nach den Ergebnissen der Wissenschaft als Tierquälerei und dies könne durch andere Gutachten nicht erschüttert werden. Jede Tierquälerei sei nach den gegenwärtigen Kulturbegriffen eine unsittliche Handlung und das Verbot der bisherigen Schlachtmethode bezwecke demnach nur die Verhinderung von unsittlichen Handlungen. Da der Beschluss nicht den Wirkungskreis des Gemeinderates überschreite und auch gegen kein Gesetz verstosse, sei dessen Sistierung ungesetzlich. Die israelitische Kultusgemeinde brachte gegen den Beschluss selbst unmittelbar beim Verwaltungsgerichtshofe die Beschwerde ein, da gegen einen Beschluss im selbständigen Wirkungskreise kein Instanzenzug vorgesehen ist. Diese Beschwerde bezeichnet den unter Androhung einer Geldstrafe bis K 400 oder einer Arreststrafe bis 14 Tagen gefassten Beschluss dem Sinne nach als Schächtverbot. Beschlüsse der Gemeinde seien an die bestehenden Reichs- und Landesgesetze gebunden, der vorliegende Beschluss verstosse zweifellos gegen die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Glaubensfreiheit. Es wird auf drei rabbinische Gutachten verwiesen, worauf die rituelle Schlachtung nur an ganz unverletzten Tieren vorgenommen werden darf, der Beschluss stehe daher mit einem hochwichtigen religiösen Gebote in Widerspruch. Dass die rituelle Schlachtmethode eine Tierquälerei bilde, sei durch zahllose autoritative Gutachten widerlegt, dies sei auch durch eine Entscheidung des Ministeriums des Innern vom Jahre 1893 dekretiert, könne daher nicht als Tierquälerei nach der Verordnung vom Jahre 1858 bezeichnet werden. Der Beschluss liege auch gar nicht in der Kompetenz der Gemeinde, denn Verordnungen über Tierquälerei seien ausdrücklich der Landesstelle vorbehalten. Die Gegenschrift der Gemeinde Wien hebt hervor, die Kultusgemeinde habe keinerlei Grund zur Beschwerde, da das Ministerium die Sistierung des Beschlusses bestätigt habe. Staatsgrund- und Religionsgesetze könnten die Prinzipien der Humanität nicht alterieren, ebenso seien Gutachten gegenüber den Forschungen der Wissenschaft belanglos, nur der Gesichtspunkt der Tierquälerei allein sei massgebend. Da der Beschluss im Rechte der Gemeinde als Sittlichkeitspolizei begründet sei, erscheine dessen Aufhebung als Rechtsverletzung. Der Verwaltungsgerichtshof (Vorsitzender Senatspräsident Baron Schwartzenau) erkannte auf Abweisung der von der Gemeinde Wien erhobenen Beschwerde. Die Schächtungs-

vorschrift gehöre zu den verbindenden Satzungen des mosaischen Glaubens und den Anhängern des Glaubens sei, wie die Zuschrift des zur Entscheidung kompetenten Rabbinats bestätige, nur der Genuss des Fleisches von rituell geschächteten Tieren gestattet. Ebenso bestätigte dieses Gutachten, dass der sogenannte Stirnschlag das Fleisch für Juden absolut untauglich zum Genuss erscheinen lässt. Daher stelle sich der Beschluss des Wiener Gemeinderates als Verbot der rituellen Schächtung in den städtischen Schlachthäusern, und da diesen Schlachthäusern der Schlachthauszwang zu statten kommt, als Verbot der rituellen Schächtung im Wiener Gemeindegebiet dar. Zu diesem Verbot war die Gemeinde nicht berechtigt. Auf die Frage, ob das Schächten sich als Tierquälerei darstellt, brauchte der Verwaltungsgerichtshof nicht einzugehen. Sicher sei, dass die rituelle Vorschrift des Schächtens schon zur Zeit bestand, als die mosaische Religion die staatliche Anerkennung in Oesterreich erlangte. Es müsse daher der Gemeinde das Recht aberkannt werden, eine dieser Einrichtungen, welche durch die staatliche Anerkennung des Glaubens anerkannt wurden, als ungesetzlich zu erklären, für ihren Bereich zu negieren oder zu korrigieren. Die Beschwerde der Kultusgemeinde sei durch die Entscheidung über die Beschwerde der Gemeinde Wien gegenstandlos, es war daher nicht auf ihre Erörterung einzugehen.

Ein Urteil über den Hilsner-Prozess.

In der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform“ bespricht Professor Dr. Aschaffenburg die Schrift Dr. Nussbaum's über den Polnaer Ritualmordprozess im Zusammenhange mit Federn's Buch über den Prozess der Linda Murri, die nach Aschaffenburg's Ansicht das Opfer einer Stimmungsmache, die durch die Zeitungen hervorgerufen wurde, und ein Opfer mangelhafter Objektivität des Untersuchungsrichters und des Staatsanwaltes wurde.

„Das Gleiche,“ fährt Aschaffenburg fort, „lässt sich für den Polnaer Ritualmordprozess behaupten. Ein armer, ungebildeter Jude, Namens Hilsner, wurde beschuldigt, am Tage vor Ostern ein 18 jähriges Mädchen ermordet zu haben. In dem ersten Verfahren herrschte auf Grund eines Gutachtens der Gerichtsärzte die Lesart des Ritualmordes. Nachdem das Gutachten der Gerichtsärzte durch ein Obergutachten der tschechischen Fakultät in Prag als völlig unhaltbar erwiesen worden war, wurde eine neue Verhandlung anberaumt, in der dem Hilsner noch ein zweiter Mord, der sich allerdings nicht zu der Osterzeit abgespielt hatte, vorgeworfen wurde. Diesmal wurde zwar der Gedanke eines Ritualmordes fallen gelassen, aber Hilsner dennoch zum Tode

verurteilt. Er ist später zu lebenslänglichem Kerker begnadigt worden.

Der Verfasser hat sich unendliche Mühe gegeben, die Unschuld des Hilsner nachzuweisen. Es ist in all solchen Prozessen schwer, den Nachweis der Unschuld zu führen. Niemand wird sich dem quellenmässigen Nachweis gegenüber der Ueberzeugung verschliessen können, dass die Unschuld des Hilsner mindestens im höchsten Masse wahrscheinlich ist; gewiss aber waren so wenige Anhaltspunkte für die Schuld des Hilsner vorhanden, dass man sich vergeblich fragt, warum der Staatsanwalt die Klage nicht hat fallen lassen, warum die Geschwornen den Angeschuldigten nicht freigesprochen haben. Und hier wird die Erklärung, ähnlich wie bei Linda Murri, durch die Stimmungsmache gegeben. Sie ging von Leuten aus, die, unabhängig von der amtlichen Untersuchung, auf eigene Faust Zeugen vernahmen. Man mag den Führern dieser Untersuchung zugute halten, dass sie an einen Ritualmord geglaubt haben und dass sie im fanatischen Eifer alles aufgeboten haben, um die Schuld Hilsners zu beweisen. Aber sie haben damit ein Beispiel von Vergiftung des Denkens gegeben, von dem man nur hoffen kann, dass es sich nicht wiederholt. Was in diesem Prozess an objektiven falschen Tatsachen beschworen worden ist, übersteigt wohl alles bisher Dagewesene, und es wird schwer, zu glauben, dass nicht auch manches subjektiv Falsche beschworen wurde. Als Entschuldigung kann eben nur dienen, dass der tiefe Stand der Bildung in der Polnaer Gegend ein überaus fruchtbarer Nährboden für die giftigen Keime war, die von den Führern der Nebenuntersuchung mit vollen Händen ausgestreut worden sind. Wie in dem Murri-Prozess in Turin, so sind auch die Richter in Polna durch die Volksstimme beeinflusst gewesen. Ich möchte wenigstens bezweifeln, dass sich Berufsrichter gefunden hätten, die auf Grund so nichtiger Beweise ihr Schuldig auszusprechen gewagt hätten. Den Freunden der Geschwornengerichte muss es doch bange werden, wenn sie solche Bücher lesen, ob es durchführbar ist, Laienrichtern die ernste Entscheidung über Leben und Tod anzuvertrauen. Ich habe aus dem Studium der beiden Prozesse allerdings die Ueberzeugung gewonnen, dass auch seitens der Untersuchungsrichter und Staatsanwälte eine Einseitigkeit bewiesen worden ist, die die Abhängigkeit ihrer subjektiven Ueberzeugung von der Volksstimmung beweist. Ich glaube aber nicht, dass ein Richterkollegium imstande gewesen wäre, in dem einen wie in dem andern Falle das Schuldig auszusprechen, ein Urteil zu fällen auf Grund von Stimmungen, statt gestützt auf Beweise."

Korrespondenzen.

Wien. Der ehemalige Präsident der „Oesterr.-Isr. Union" Herr Maximilian Paul-Schiff hat folgenden offenen Brief an den Abgeordneten Dr. Alfred Ebenhoch gerichtet:

„In einem in der „Neuen Freien Presse" (Abendblatt vom 25. Mai d. J.) veröffentlichten Interview, in welchem Sie angesichts der bevorstehenden Vereinigung aller freisinnigen Deutschen nunmehr auch die Vereinigung der christlichsozialen und der unter Ihrer Führung stehenden oberösterreichischen klerikalen Partei für „unbedingt notwendig" erachten, haben Sie auch zu der Frage des Antisemitismus Stellung genommen. Sie haben erklärt, dass Ihre Partei dem Rassenantisemitismus nicht huldige, dass sie aber eine antisemitische sei, „je nachdem man das Wort auffasse".

Dass Ihre Partei keine rassenantisemitische sein kann, ist klar. Sind doch der Heiland und die Apostel aus dem Judentum hervorgegangen. Das Bekenntnis zu dem Antisemitismus ist jedermanns Recht. Es ist nicht meine Aufgabe, zu ergründen, wie der Antisemitismus mit dem Kulturstandpunkte im allgemeinen und christlichen Gesinnungen im besonderen in Einklang gebracht werden kann. Sie haben aber Ihren antisemitischen Standpunkt auf Argumente gestützt, welche der Rüstkammer der unwahren landläufigen Schlagworte entnommen sind und eine schwere Beleidigung beinhalten. Dazu haben Sie kein Recht. Sie sagen in Ihren Ausführungen: „Wir verlangen, dass das Judentum davon ablasse, die christlichen Grundlagen des Staates und die sittlichen Gebote des Wirtschaftslebens zu untergraben". Mit dieser auf nichts gestützten und ganz unberechtigten Behauptung imputieren Sie dem Judentum — sei es seiner Lehre oder der Gesamtheit seiner Angehörigen — geradezu staatsgefährliche, unsittliche Tendenzen. Diese Verdächtigung weise ich im Namen meiner Glaubensgenossen entschieden zurück. Sie haben, hochverehrter Herr, wohl nicht unabsichtlich verschwiegen, was Sie unter „christlichen Grundlagen des Staates" verstehen. Unter dieser Bezeichnung findet so ziemlich alles Platz, angefangen vom kirchlichen Konkordat, der kirchlichen Suprematie, der konfessionellen Schule, dem Erfordernis des christlichen Bekenntnisses für Richter, Beamte, Volksvertreter etc. bis zu jener theoretischen, in praxi wertlosen Toleranz anderer religiösen Ueberzeugung.

Sie sagen, „dass der Antisemitismus entstanden sein soll, weil hauptsächlich die Juden Vorkämpfer liberaler", das heisst freiheitlicher Doktrinen gewesen seien und sind. Wenn dem so wäre, so dürfen die Juden darauf stolz sein, stolzer als jene, die mit unfreiheitlichen Doktrinen die Menschheit in Fesseln schlagen wollen. Auch dass unter den ersten Vorkämpfern sozialistischer Doktrinen Juden zu finden sind, wird dem Judentum als Ehre angerechnet werden dürfen, sicherlich standen diese Vorkämpfer den Lehren Jesu Christi näher als all' jene, die seinen Namen zum politischen Handel missbrauchen.

Dass einzelne Juden — genau so wie einzelne Christen — die sittlichen Gebote des Wirtschaftslebens untergraben, werde ich nicht bestreiten. Dank den Fesseln, in welche die Juden von Ihren christlichen Glaubensgenossen, hochverehrter Herr Doktor, durch ein Jahrtausend geschlagen waren, und aus welchen sie nicht durch die „christlichen", sondern durch die freiheitlichen Doktrinen erst befreit wurden, waren die Juden lange Zeit ausschliesslich nur zu einem Gewerbe zugelassen, das als schimpflich galt, zugleich aber Päpste und Kaiser alimentierte. Ich mache das Christentum als solches für die Verirrungen vergangener Epochen nicht verantwortlich, ebenso wenig haben Sie aber das Recht, Ausschreitungen einzelner der Gesamtheit zuzuschreiben. Mit allem möglichen, hochgeehrter Herr Doktor, mögen die Juden während einer mehr als tausendjährigen Leidensgeschishte „gehandelt" haben, nur mit einem nicht: mit ihrem Glauben, mit ihrer Ueberzeugung! Daran möchte ich Sie heute in dem Augenblicke erinnern, in welchem Sie es als „sittliches Gebot" erachten, mit einer Partei einen „politischen Handel" einzugehen, die vom

Augenblicke ihres Bestehens die sittlichen Gebote des Christentums geschändet und soeben erst das Haupt der „Los von Rom"-Rufer als Volksvertreter erwählt haben. Das Judentum hat niemals die sittlichen Gebote verletzt und die Gesetze unseres Vaterlandes untergraben. Wir Juden machen keineswegs auf das — historisch gewiss unstreitbare — „Erstgeburtsrecht" im Sinne der von Ihnen zitierten Vogelsangschen Worte Anspruch, wir Juden wünschen nichts sehnlicher, als gerade das, was Sie angeblich selbst wünschen, „dass in der Christenheit die sittlichen Bedingungen des Christentums nicht zurückgehen", dass man im Sinne der Worte Goethes „von einem Christentum der Lehre zu einem Christentum der Tat und der Gesinnung komme".

Empfangen Sie, hochgeehrter Herr, den Ausdruck besonderer Wertschätzung."

Prag. (Die Reichsratswahl in der Prager Altstadt.) Bei der engeren Wahl am 23. Mai wurde bekanntlich in der Prager Altstadt der aus dem Polnaer Prozesse unrühmlich bekannte Dr. Karl Baxa gegen den Sozialdemokraten Dr. Wenzel Honser gewählt. Nach deren Ergebnisse haben sich von den 2000 jüdischen Wählern etwa 750 der Wahl enthalten, es ist also anzunehmen, dass die übrigen Juden ihre Stimmzettel für Dr. Honser abgegeben haben. Die Sozialdemokraten behaupten zwar, viele Juden hätten auch den Dr. Baxa gewählt, diese Behauptung ist jedoch tendenziös und entspringt der augenblicklichen Verstimmung. Man kann vielmehr entschieden behaupten, dass kein Jude so pflichtvergessen war, für Dr. Baxa zu stimmen. Bedenkt man, dass jene 1000 Stimmen, welche Dr. Honser bei der Stichwahl mehr bekommen hat als bei der Hauptwahl, durchwegs jüdische Stimmen waren, da doch die Sozialdemokraten bei der Hauptwahl bereits ihr Aeusserstes aufgeboten haben und dass ausserdem die Altstädter sozialdemokratische Organisation mindestens 400 jüdische Wähler zählt (nach der Information seitens der Sozialdemokraten), die sicher den Dr. Honser bereits in der Hauptwahl gewählt haben, so kann man ohneweiters erklären, dass dem Dr. Baxa keine jüdischen Stimmen zugefallen sind. Traurig ist es immerhin, dass auch noch bei der Stichwahl 750 Juden sich der Wahl enthielten und die führenden Persönlichkeiten unserer Kultusgemeinde sind von dem Vorwurfe nicht freizusprechen, dass sie zu wenig taten, um diese Indolenz zu beheben. Die allgemeine Wahlbeteiligung betrug nur etwas über 60%. Der Wahlsieg Dr. Baxas ist mit allen Mitteln forciert worden. Man erzählt sogar, dass im letzten Momente dem Baxa'schen Wahlkomitee die nichtzugestellten Legitimationen herausgegeben wurden, die dann „die Schlacht entschieden" Tatsächlich war auch bis 4 Uhr nachmittag die Niederlage des Dr. Baxa sicher und erst in letzter Stunde wendete sich das Blatt. Die jüdische Politik hat eigentlich ihre Niederlage schon bei der Wahl am 14. Mai erlitten. Hätten damals die Juden einem klugen Rate gefolgt und auf den Jungczechen Dr. Klumpar ihre Stimmen konzentriert, so wäre dieser mit Dr. Baxa in die Stichwahl gekommen und dann war der Sieg des Dr. Baxa ausgeschlossen. Damals bedurfte es nur etwa 200 Stimmen und Dr. Baxa wäre schon bei der Hauptwahl beseitigt worden.

Lemberg. (Die zionistischen Abgeordneten.) Unter den in das neugewählte Abgeordnetenhaus einziehenden parlamentarischen Parteien dürfte wohl ein besonderes Interesse der Einzug der zionistischen Partei erwecken, deren Vertreter zum ersten Male auf der parlamentarischen Arena zum Worte gelangen werden. Ueber die Haltung, welcher dieser aus vier Mitgliedern bestehende jüngste und kleinste parlamentarische Klub bei seinem ersten Debüt beobachten wird, äussert sich der neugewählte zionistische Abgeordnete und langjährige Führer der galizischen Zionisten Adolf Stand in folgender Weise: „Die neugewählten zionistischen Abgeordneten aus Galizien werden dem Polenklub nicht beitreten und sich als selbständiger nationaljüdischer Klub konstituieren. In allen sozialen Angelegenheiten wird der Klub mit allen aufrichtig fortschrittlichen und echt demokratischen Parteien des Abgeordnetenhauses zusammengehen und in allen derartigen

Fragen mit dem sozialdemokratischen Klub stimmen. Die nationaljüdischen Abgeordneten werden eintreten für eine Verringerung der Konsumsteuern, für eine mehr städtische Verwaltungspolitik im Gegensatze zu der bisherigen Bevorzugung der agrarischen Interessen, für Verkürzung der Dienstzeit beim Militär auf zwei Jahre und für die Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung sowie für weiteste Modernisierung des Strafgesetzentwurfes. In der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches wird der Klub gegen die Absperrung der ungarischen Grenze sein und sich für die Oeffnung der rumänischen Grenze einsetzen. Wir werden jede gerechte Forderung des polnischen Volkes unterstützen. Ich erkläre ausdrücklich, dass wir nicht nur keine Feinde des polnischen Volkes sind, sondern dass wir seine Kultur kennen gelernt haben und ihr sehr viel verdanken. Wir betonen einerseits die nationale Sonderstellung der Juden, werden aber anderseits jede gerechte polnische Angelegenheit aufs wärmste unterstützen. Wenn die Abgeordneten der Polnischen Volkspartei einen besonderen Klub bilden und ausserhalb des Polenklubs verbleiben werden, wird unser Verhältnis zu diesen ein sehr nahes sein und sind wir bereit, alle Bestrebungen dieser Partei aufrichtigst zu unterstützen, sowie uns prinzipiell jede demokratische Strömung zur eifrigsten Untetstützung verpflichtet. Sowohl dem Polenklub als dem Ruthenenklub gegenüber werden wir uns vollkommen neutral verhalten. Natürlich werden wir die Hilfe der jüdischen Abgeordneten des Polenklubs, insoweit sie uns in unseren Bestrebungen unterstützen wollen, nicht ablehnen, aber wir betrachten uns als die wahren Repräsentanten des jüdischdemokratischen Elements und als solche wollen wir im Parlament auftreten."

Berlin. (Ein jüdisches Reich in Australien?) Aus Melbourne 30. April, schreibt man der „Welt-Korr.": In den letzten Jahren ist die Gründung jüdischer überseeischer Niederlassungen in interessierten Kreisen wiederholt erwogen worden und rief, wie bekannt, eine stammgenossenschaftliche Organisation in London ins Leben, an deren Spitze unter anderen angesehenen Israeliten sich Lord Rothschild befindet. Es ist nicht zu verwundern, wenn jene Organisation zur Verwirklichung ihrer Ziele den Blick auf das arm bevölkerte Australien warf, und so erschien ein Herr Alexander Marks, als deren Vertreter, in Australien, um dort ein Gebiet zu suchen, das, soweit als möglich, als Ersatz für das gelobte Land dienen könnte. Er besuchte zunächst das nördliche Territorium, kam aber bald zu der auch von anderen Sachverständigen geteilten Ueberzeugung, dass dort unter den herrschenden klimatischen Verhältnissen und unter den gesetzlichen Bestimmungen einer „Withe Austria"-Politik nichts zu holen sei. Sodann lenkte er seine Schritte in entgegengesetzte Richtung und fand schliesslich im südlichsten Teile des Staates West-Australien längs der Küste bis zur Mündung Meenup River ein für den Zweck passend erscheinendes Gebiet. Mr. Marks hat nun im Auftrage der Londoner Organisation die Regierung von West-Australien ersucht, ihm jenes Territorium im Umfange von einer Million Acres auf $1\frac{1}{2}$ Jahre fest an Hand zu geben, und er hofft, innerhalb dieser Frist Vorkehrungen zur Gründung einer jüdischen Kolonie vollendet zu sehen. Aus einem letzter Tage veröffentlichten Gespräche, das er mit einem Zeitungsvertreter hatte, dürften folgende Angaben auch den deutschen Leserkreis interessieren. Zunächst erwähnte Mr. Marks ein Schreiben des Präsidenten der Londoner Organisation Herrn Isaak Zangwill, worin es heisst:

„Wenn wir in Australien etwas tun, so muss die Arbeit in grossem Masstabe und unter günstigen politischen Bedingungen erfolgen. Unsere Aufgabe ist durchaus nicht darauf beschränkt, für eine Anzahl russischer Auswanderer zu sorgen, denn diese könnten ebenso gut, wenn nicht besser, im Westgebiet der Vereinigten Staaten angesiedelt werden. Für uns besteht das Hauptproblem vielmehr darin, die Basis für ein zukünftiges jüdisches Territorium zu finden, das dazu bestimmt ist, sich allmählich zu einer friedlichen und gesicherten Heimat für Millionen Angehöriger unserer Rasse zu gestalten."

Nach der Versicherung des Herrn Marks wird man bei der Auswahl der Emigranten mit grösster Vorsicht vorgehen. Er weist darauf hin, dass

seine Organisation im vorigen Jahre nicht weniger als 150.000 Juden nach den südlichen Staaten Amerikas hinausgeschickt habe und dass deren Ansiedlung ohne grosse Schwierigkeiten gelungen sei. Die Leute hätten sich aus Landbebauern, Viehzüchtern und Handwerkern zusammengesetzt, Berufsklassen, die auch für die Besiedlung des westaustralischen Territoriums in erster Linie berücksichtigt werden würden. Das Vorurteil der grossen Masse, das Judentum sei gleichbedeutend mit Trödlern und Wucherern, sei durchaus ungerechtfertigt, denn das israelitische Volk sei schon in den Zeiten seiner nationalen Selbständigkeit ein ackerbautreibendes Volk gewesen. Schliesslich sprach Herr Marks die Hoffnung aus, die westaustralische Regierung werde dem philantropischen Projekte, den jede spekulative Natur fern liege, in liberalster Weise entgegenkommen; die praktische Ausführung würde der Londoner Organisation sehr bedeutende Geldopfer auferlegen, da man beabsichtigte, jedes Fiasko zu vermeiden und die Niederlassung auf einer für die Kolonisten vorteilhaften und lebensfähigen Basis vorzunehmen. Der Bescheid der Regierung steht noch aus.

Warschau. (Die Judenfrage in der Duma.) Der Petersburger Korrespondent des Warschauer Blattes „Unser Leben“ hatte eine Unterredung mit dem Dumaabgeordneten Schapira über die Behandlung der Judenfrage in der Duma. Schapira sagte ihm, dass das Hauptreferat über die jüdischen Angelegenheiten von einem christlichen Dumaabgeordneten erstattet werden wird, dessen Name aber vorläufig noch nicht genannt werden könne. Die jüdischen Abgeordneten suchen eine zufällige, nicht planmässige Erörterung der Judenfrage in der Reichsduma zu vermeiden, um der Rechten keine Gelegenheit zu der Behauptung zu geben, dass sie von den Juden herausgefordert wurde. Die Hauptdebatte über die Judenfrage soll aus Anlass der Erörterung über den die Gewissensfreiheit betreffenden Gesetzentwurf erfolgen. Die jüdischen Abgeordneten hoffen, dass die Mehrheit der Reichsduma sich hiebei für die Gleichberechtigung der Juden aussprechen werde, doch meint Schapira, dass der Reichsrat einem dahin abzielenden Beschluss der Duma die Bestätigung der Duma versagen wird. Der „Verband zur Erringung der Gleichberechtigung der Juden“ hat ein sieben Druckbogen umfassendes Verzeichnis aller die Juden beschränkenden Gesetze zusammengestellt und gibt auch ein Buch über diesen Gegenstand heraus.

St. Petersburg. (Judenverfolgungen.) Das Blatt „Sowremennaja Rjetsch“ meldet aus Prosskarow einen Fall von Judenverfolgung, welcher in der anständigen Tagespresse viel besprochen wird. Der Rittmeister des Dragonerregiments Belgorad A. Scherebetzkij stellte sich an das Fenster seiner im „Zentral-Hotel“ liegenden Wohnung mit einen Dienstrevolver in der Hand und schoss mutwillig auf vorübergehende Juden. Den neunzehnjährigen Tischler Hirsch Rimmermann streckte er tot zu Boden nieder. Eine Untersuchung wurde nicht eingeleitet.

St. Petersburg. (Die Gesetzvorlage über die Rechte der Juden) wird den „Birsh. Wed.“ zufolge in ihren vollem Umfang in dieser Session nicht in die Reichsduma eingebracht werden. Was die Frage des Aufenthaltsrechtes der Juden betrifft, so ist sie in die Vorlage über die Gewissensfreiheit aufgenommen worden. Es hat sich herausgestellt, dass sich für das unbeschränkte Aufenthaltsrecht und die Abschaffung aller Rechtseinschränkungen der Juden sich auch die Oktobristen aussprechen werden. Nach der Meinung einiger Mitglieder der Kommission für die Verwirklichung der Gewissensfreiheit soll auch der Reichsrat nichts dagegen haben, dass die Ansiedlungszonen für die Juden aufgehoben werden.

Bukarest. (Die Rechtslage der Juden.) Dieser Tage wird der Oberste Kassationshof in Bukarest eine wichtige Frage zur Feststellung der Rechtslage der Juden in Rumänien zu entscheiden haben. Bekanntlich werden die Juden in Rumänien, auch die einheimischen, als Ausländer betrachtet. Infolgedessen haben sich die Regierungen ermächtigt gefühlt, solche Juden ausweisen zu dürfen, auch wenn sie Reservisten der Armee waren. Das

erstemal wurde vor etwa zwanzig Jahren der jüdische Journalist Fior ausgewiesen, weil er in seinem Blatte die Regierung angriff, und diese Ausweisung wurde auch von den Gerichten gut geheissen. Seit damals hat man dies fortgesetzt. Vor einiger Zeit wurde wieder so ein Jude, der persönlich zwar sehr antipathisch ist, der Wucherer Avramescu, ausgewiesen. Dieser kehrte ins Land zurück, und als er wegen Uebertretung des Ausweisungsbefehles angeklagt wurde, behauptete sein Verteidiger, dass er überhaupt nicht ausgewiesen werden konnte, indem er Zugsführer der Reserve ist und bis zum 46. Lebensjahre der Armee noch angehört. Sein Prozess kam vor den Kassationshof, der wegen Divergenz die Verhandlung vertagte. Bei der zweiten Verhandlung, die vor der vollzähligen Sektion stattfand, konnte man wieder nicht einig werden, und so wird in einigen Tagen eine dritte Verhandlung vor allen vereinigten Sektionen des Kassationshofes stattfinden. Die jüdische Bevölkerung wartet sehr gespannt auf den Ausgang das Prozesses, weil die jetzige Regierung gegen mehrere sehr achtbare Juden, darunter einen talentvollen Dichter, aus politischen Rücksichten das Ausweisungsgesetz anwendete.

Die Emission der Skoda-Aktien.

Von den 125.000 Aktien wurden in Wien 30.000 Aktien zum Kurse von K 270 + 5 Prozent laufende Zinsen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Bis 18. d. sind für jede zugeteilte Aktie K 70 bar einzuzahlen. Der Rest von K 200 nebst den Stückzinsen hat bis 31. Juli zu geschehen.